

# Der Zeitungs-Arbeiter

Schiffelung und Geschäftsstelle: Berlin D 84, Remeler Str. 8/9  
Genusssteuer: Abgabefrei 1006, 1076 und 1201. - Die Zeitung  
erschließt jeden Freitag  
Telegrammadresse: Zeitlitzpragis Berlin

**Verzinstzeit seid Ihr nichts - Verzinst alles!**

Abgaben- und Verbandsgebühren sind an Otto Lehmann, Berlin D. 84  
Remeler Straße 8/9 (Postfachkonto 5388), zu richten. - Zugangs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M. - Zugangs-  
preis 4 Mark für die dreizehnpaltige Seite.

**Organ des Deutschen Zeitungs-Arbeiter-Verbandes**

## Ungenügende Schiedsprüche in West- und Ostachsen.

### Die Lohnbewegung in Westachsen.

Nachdem am 21. September d. J. die in Dresden tagende Schlichterkammer es abgelehnt hatte, die für Westachsen gefälligten 42 Tarife einzeln zu verhandeln und mit Mehrheit den Beschluß faßte, daß zentrale Verhandlungen über alle 42 Tarife stattfinden sollen, nahm die Tarifkommission der westfälischen Zeitungs-Arbeiter-Gesellschaft am Sonnabend, dem 24. September 1927, erneut Stellung zu dem gesamten Fragenkomplex. Eine von der Tarifkommission bestimmte kleine Kommission arbeitete am Sonntag, dem 25. September, die genaue Forderungen, auf deren Grundlage nunmehr die zentralen Verhandlungen über die 42 Tarife stattfinden sollten, aus und unterbreitete diese noch im Laufe des Sonntags dem Arbeitgeberverband. Die am Montagmorgen einsetzenden Verhandlungen zwischen den Parteien brachte auf der Arbeitgeberseite ein Angebot von vier Prozent in der Lohnfrage. Ueber die anderen Streitpunkte wurde zum Teil eine Einigung erzielt, zum Teil blieben sie strittig. Bei diesem geringen Entgegenkommen der Arbeitgeber wurden die Verhandlungen in später Abendstunde als ergebnislos abgebrochen, somit bekam die Schlichterkammer erneut Gelegenheit, am kommenden Morgen, also am Dienstag, dem 27. September, in Tätigkeit zu treten. Mit Ausnahme von einigen Nebenforderungen kam es auch vor dieser Schlichterkammer zu keiner freiwilligen Vereinbarung zwischen den Parteien, so daß die Schlichterkammer genötigt war, nach einstündigen Beratungen folgenden Schiedspruch zu veröffentlichen:

- Die tariflich festgesetzten Grundlöhne werden wie folgt erhöht:
  - für die Tarifgebiete Krimmichau - Werda u. Kirchberg, Hainichen, Bengelsfeld - Rodewisch, Baumwollglattweberien und Flachspinnereien:
    - männlich und weiblich von 14 bis 16 Jahren 13 Proz., von 16 bis 18 Jahren 12 Proz., von 18 bis 20 Jahren 11 Proz., über 20 Jahre 10 Proz.,
  - für alle übrigen Tarifgebiete:
    - männlich und weiblich von 14 bis 16 Jahren 11 Proz., von 16 bis 18 Jahren 10 Proz., von 18 bis 20 Jahren 9 Proz., über 20 Jahre 8 Proz.
- Der Abstand zwischen Ortsklasse I und Ortsklasse II beträgt 4 Proz.
- Diese Lohnregelung gilt ab 1. Oktober 1927 und kann mit monatlicher Kündigungsfrist, frühestens zum 31. Oktober 1928, aufgelündigt werden.
- Im Tarifvertrag für die Gardinen- und Spitzenweberien ist als Ziffer 22 neu einzufügen:
 

Bernende Weber erhalten während der Dauer der Lehrzeit 75 Proz. des Akkordlohn der Weber.  
Erklärungsfrist für die Parteien: Montag, den 3. Oktober 1927, mittags 12 Uhr.

Dresden, den 27. September 1927.  
gez.: Dr. Dpiß.

Zu diesem Schiedspruch wird am Sonnabend, dem 1. Oktober 1927 der Funktionärkörper der Zeitungs-Arbeiter-Gesellschaft in Glauchau Stellung nehmen.

Darüber hinaus wurde zwischen den Vertragsparteien des Manteltarifvertrages vom 25. März 1927 folgende Vereinbarung getroffen:

- In den Lohnstaffeln der nachstehenden Tarifgemeinschaften treten folgende Änderungen bzw. Ergänzungen ein:
  - Gemischtweberei. In Position 16 werden die Radspulerrinnen eingesetzt. (Neu.)
  - Textilveredelung:
    - Der Zusatz der Position 2 lautet: „Schleifer, Scherer, Rauher, Kleber, Stückfänger, Eisentanger erhalten 3 Pf. (bisher 1), erster Presser und Vorarbeiter 4 Pf. (bisher 2) mehr.“
    - Der Zusatz der Position 3b lautet: „Nacharbeiterinnen erhalten 2 Pf. (bisher 0,74) mehr.“
    - Position 3c erhält folgenden Nachsatz: „Arbeiter, die mit konzentrierter Säure oder Lauge arbeiten, erhalten für die Dauer dieser Tätigkeit einen Zuschlag von 3 Pf.“ (Neu.)
- Rohweil, Nossen, Böhrigen. In Position 1a werden die Dauerzeithilfskräfte für gelernte Drucker und solche, die bereits drei Jahre als Drucker tätig sind, auf 67 Pf. (bisher 65), und für Drucker, welche diese Voraussetzungen nicht erfüllen, auf 63,5 Pf. (bisher 62) festgesetzt.
- Handdrucker. In Position 1b wird eingefügt: „Handmaschinendrucker über 20 Jahre.“
- Kongressweberei.
  - Position 3 erhält folgenden Nachsatz: „Spulerrinnen und Begerinnen erhalten 2 Pf. mehr.“ (Neu.)
  - Als neue Position 8 ist folgende Bestimmung einzufügen: „Bernende erhalten während der Lehrzeit, jedoch nicht länger als zwei Monate, 75 Proz. der Zeitlohnstaffel ihrer Gruppen.“
- Krimmichau, Werda, Kirchberg.
  - In Position 2 wird folgender Nachsatz eingefügt: „Männliche Arbeiter über 16 Jahre der Positionen 1

- und 2 werden nach Position 6 dieses Vertrags entlohnt.“ (Dadurch erhalten die Anleger und Einleger (Regulierer) eine besondere Lohnerhöhung von 18,5 bzw. 16 Pf.)
- In Position 4 werden die Flößbottkremplerinnen aufgenommen.
- Die bisherige Position 9 „Kettenleimer“ wird nach Position 14 eingereiht. (Besondere Erhöhung um 4 Pf.)
- Der Lohnsatz der Position 8c (Stückcarbonisierer, Austoher in Färbereien und Bleichereien, Arbeiter am Farbzylinder) wird auf 56 Pf. (bisher 55) und in Position 13 (Rauher) der über 20 Jahre alte Arbeiter auf 57 Pf. (bisher 55,5) festgesetzt.
- Gardinen- und Spitzenweberien.
  - Position 2b lautet wie folgt: „Kartenschläger auf mechanischen Maschinen mit Doppelschlag erhalten den Akkordlohn der Weber.“ (Dadurch besondere Erhöhung um 5,5 Pf.)
  - Position 7d lautet: „Für Muster-, Einricht- und Puffstunden ist der Akkordlohn der Weber zu vergüten.“
- Füllweberie. In Position 1c erster Absatz, lautet der letzte Satz: „Für die Puffstunde ist der Akkordlohn zu vergüten.“
- Flachstrumpfwirkerie usw. In Position 1a werden aufgenommen Scherer und Raschelarbeiter. (Die gleiche Regelung gilt hinsichtlich der Raschelarbeiter für die Strickerien.)

- Stoffhandschuhindustrie. Die Dauerzeithilfskräfte der in Position 2 verzeichneten über 20 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen werden wie folgt festgesetzt (in Klammern die bisherigen Sätze):
 

1a . . . 65,5 (64,5) Pf.	1b . . . 55,0 (54,0) Pf.
1c . . . 60,0 (59,5) Pf.	1d . . . 41,0 (41,0) Pf.
1e . . . 39,0 (38,5) Pf.	1f . . . 38,0 (37,0) Pf.

11. Auslösung für Kraftfahrer, Kutscher und Beifahrer. Als § 7a des Manteltarifvertrages vom 25. März 1927 wird folgende Bestimmung aufgenommen: „Sind die Kraftfahrer, Kutscher oder Beifahrer dienstlich genötigt, ihre Mittagsmahlzeit außerhalb des Betriebes bzw. der Wohnung einzunehmen, so wird hierfür eine Auslösung von 90 Pf. gezahlt. Sonstige notwendige Auslagen bei Ueberlandfahrten sowie Stall-, Stand-, Garagen- und erforderliche Uebernachtungsgelder sind dem Fahrer voll zu ersetzen.“

Dresden, den 27. September 1927.  
Für die Arbeitgeber: gez. Dr. Bellmann.  
Für die Arbeitnehmer: gez. Zwahr.

Die Chemnitzer Betriebsräte und Funktionäre haben bereits am 28. September 1927 in einer Versammlung zu dem Schiedspruch Stellung genommen. Sie lehnen in einer Entschiedenheit den Schiedspruch ab, da die geringe Lohnerhöhung einen Ausgleich für die Mehrbelastung durch die inzwischen eingetretene Verteuerung nicht bietet. Bemängelt wird noch, daß der Schiedspruch eine zu lange Laufdauer vorsieht und eine Angleichung der Frauen- an die Männerlöhne nicht bringt.

### Die Lohnbewegung in Ostachsen.

Für Ostachsen wurde, nachdem die Verhandlungen auf freier Grundlage gescheitert waren, von Seiten der Unternehmer der Schlichtungsausschuß Dresden angerufen. In den vor dem Schlichtungsausschuß geführten Vorverhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, auf die Grundlöhne für Ostachsen eine Zulage von fünf Prozent zu zahlen. Da auf dieser Basis eine Einigung zwischen den Parteien in der Vorverhandlung nicht erzielt werden konnte, fällt am Mittwoch, dem 28. September 1927, in später Abendstunde der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedspruch:

- Die tariflichen Grundlöhne, sowie die Zu- und Abschläge werden um 10 Proz. erhöht.
  - Die sich so ergebenden Grundlöhne für Kraftwagenführer, Kutscher, Pfortner und Wächter werden mit den für diese Kategorien bestehenden Leuerungszulagen zu einem Gesamtlohn umgerechnet.
  - Dieses Lohnabkommen hat Gültigkeit vom 1. Oktober 1927 und kann mit einmonatiger Kündigungsfrist frühestens zum 31. Oktober 1928 aufgelündigt werden.
  - Die in dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Dresden vom 5. März 1927 für die Firma Wagenknecht u. Bögl, Radeberg, festgesetzten Löhne werden als Bestandteil der allgemeinen Lohnverträge aufgenommen. Ueber die übrigen Bestimmungen des Schiedspruches ist unter Mitwirkung der beiderseitigen Organisationen eine neue Betriebsvereinbarung zu treffen.
- Erklärungsfrist für die Parteien: Mittwoch, den 5. Oktober 1927, mittags 12 Uhr.

Schlichtungsausschuß im Regierungsbezirk der Kreishauptmannschaft Dresden.  
Der Vorsitzende, gez. Dr. Dpiß.  
Der Funktionärkörper der Zeitungs-Arbeiter-Gesellschaft von Ostachsen wird in einer Konferenz, die am 4. Oktober 1927 in Neugersdorf stattfindet, hierzu Stellung nehmen.

### Bereitet die Wahlen zu den Sozialversicherungen vor!

Am 8. April 1927 ist das Gesetz in Kraft getreten, welches über die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, dem Angestelltenversicherungsgesetz und dem ReichsKnappschaftsgesetz wesentliche Änderungen bringt. Insbesondere ist eine einheitliche Wahlzeit geschaffen worden; dieselbe beträgt fünf Jahre und ist in Rücksicht auf den Zeitpunkt der Durchführung der Wahl an das Kalenderjahr gebunden. Der Reichsarbeitsminister ersuchte schon am 25. Mai 1927 die Landesregierungen, die Vorbereitung zu den Wahlen so rechtzeitig zu treffen, daß insbesondere die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen rechtzeitig fertiggestellt sind, und die gewählten Vertreter ihr Amt unbedingt mit Beginn der neuen Wahlzeit, also am 1. Januar 1928, antreten können.

Für die neue Wahlzeit müssen grundsätzlich überall Neuwahlen stattfinden. Eine Ausnahme ist nur insofern vorgesehen, als unmittelbare Wahlen, die mit Wirkung vom 1. Januar 1926 an oder die seit diesem Tage stattgefunden haben, und mittelbare Wahlen, die im Anschluß an solche unmittelbaren Wahlen durchgeführt sind, nicht wiederholt zu werden brauchen. Die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkasse interessieren die Arbeiterschaft als Versicherte so

sehr, weil hier nicht nur die Arbeitgeber, sondern jeder volljährige Versicherte wahlberechtigt ist.

Die neugewählten Krankenkassenausschüsse wählen dann den Vorstand der Krankenkasse,

weiter die Besitzer der Versicherungsämter und die Mitglieder der Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten.

Die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten wählen die nichtbeamteten Mitglieder des Vorstandes der Landesversicherungsanstalten,

weiter die Besitzer an den Obergewerksämtern und

die Versichertenvertreter beim Reichsversicherungsamt.

Die erste und wichtigste Aufgabe der Versicherten ist nunmehr — ohne jeden Aufschub — Vorschlagslisten für die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkasse aufzustellen. Berechtigt hierzu sind ausschließlich die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber resp. der Arbeitnehmer, die einem Gesamtverbande angehören.

Für die freien Gewerkschaften ist es eine Ehrenpflicht, die besten Kollegen und Kolleginnen auf die Vorschlagslisten zu der Ausschlußwahl der Krankenkassen zu setzen und durch geeignete Wahlpropaganda dafür zu sorgen, daß ihre Vertreter in so großer Zahl gewählt werden, daß sich ihr Einfluß so stark auswirken kann, daß durch alle Instanzen ein wirklicher sozialer Zug hindurchgeht und unsere sozialen Einrichtungen nicht nur dem Namen nach, sondern wirkliche soziale Einrichtungen werden.

### Gewerkschaftlicher Zusammenschluß.

Auf Leipzigs geschichtlichem Boden hat sich ein Vorgang abgepielt, der hochbedeutend für die Geschichte der freigewerkschaftlichen Bewegung ist. Dort haben sich vier Gewerkschaften zum Industrieverband zusammengeschlossen. Die Böttcher, die Fleischer, die Bäcker und die Brauer haben sich dafür entschieden, fortan auf einer gemeinsamen Grundlage ihre gewerkschaftliche Arbeit fortzuführen. Die neugegründete Organisation, die aus vier ehemaligen Verbänden besteht, heißt nun „Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter“. Kollege Graßmann vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßte namens des ADGB diese Verschmelzung. Es ist Großes damit geschaffen worden. Dieser Geist der Einheit wird der gesamten Arbeiterschaft zugute kommen. Der Vorsitzende Bader sagt in seinem Schlußwort, der Zusammenschluß zu einem Industrieverband werde auch nach außen hin von Bedeutung sein. Auch andere Verbände werden sich diese Verschmelzung zum Vorbild nehmen müssen.

Die neuere Entwicklung fordert ganz gewiß auch andere Methoden im Kampfe der Arbeiterschaft um ihre Rechte. Wenn in dem Unternehmerlager ein unaufhörlicher Konzentrationsprozeß vor sich geht, so darf das von der Arbeiterschaft nicht unbeachtet bleiben. Auch sie muß lernen, sich zu konzentrieren, um dadurch ihre Macht zu steigern. Wir wünschen dem neuen Verbände ein erfolgreiches Arbeiten.



# Kolleginnen, Kollegen! Die Wahlen zu den Ausschüssen der Krantentassen stehen vor der Tür.

## Die Lage der Textilindustrie im Lichte einer Großbank.

Es ist sehr wertvoll, einmal von ganz einwandfreier Seite ein ungekünsteltes Bild der Lage und der Aussichten der Textilindustrie zu erhalten. Eine Großbank berichtet darüber in sehr eingehender und anschaulicher Weise:

In der Textilindustrie Europas haben, ähnlich wie in so manchen anderen Industriegebieten, die im Gefolge der Kriegs- und Nachkriegszeit eingetretenen Veränderungen eine völlig neue Situation geschaffen. In verschiedenen Ländern sind eigene Industrien entstanden, und die vorhandenen haben teilweise eine weitere Ausgestaltung erfahren. Es ergab sich hieraus eine Steigerung der Gesamtproduktionsfähigkeit, ohne daß der Verbrauch eine entsprechende Zunahme erfahren hätte. Im Gegenteil sind wichtige Absatzgebiete, wie Rußland und der fernere Osten, teilweise verlorengegangen. Die deutsche Textilindustrie befand sich in einer besonders schwierigen Lage, weil sie durch den Krieg einen großen Teil ihrer früheren Absatzgebiete eingebüßt hatte. Wenn auch andererseits der durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens verfeinerten deutschen Textilindustrie nunmehr alle die Versorgung einer gegen früher kaum verminderten Bevölkerung oblag, so hatte sie demgegenüber mit einer verheerenden Konkurrenz der übrigen Textilländer, insbesondere Frankreichs, auf dem eigenen Markt zu rechnen. Die Frage der Textilindustrie bildet daher eines der wichtigsten Probleme der deutschen Handelspolitik und stand im Mittelpunkt der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Diese führten bekanntlich zu erheblichen Zugeständnissen an Frankreich für Baumwollgarne und Baumwollgewebe, die nur teilweise durch Zollrückstellungen für die deutschen Textilwaren ausgeglichen wurden und um so mehr ins Gewicht fielen, als gleichzeitig alle anderen Handelsvertragsländer, wie England, Italien, die Schweiz und die Tschechoslowakei im Wege der Meißbegünstigung die gleiche Vergünstigung erlangten.

Bis zum Frühjahr 1926 war die Lage der Textilindustrie eine recht ungünstige. Um diese Zeit trat ein Umschwung ein, der allmählich bis zur gegenwärtigen günstigen Lage geführt hat und der am besten durch die Ziffern des Beschäftigungsgrades veranschaulicht wird. Im April 1926 betrug die Zahl der Beschäftigten des Textilarbeiterverbandes nur 28 Proz., sie stieg bis Juli auf 40 Proz., bis Dezember auf 78 Proz., bis April 1927 auf 90 Proz., und gegenwärtig macht sich bereits ein Mangel an Facharbeitern fühlbar. Die Verdichtung der eingetragenen Meldungen erhellt aus der Tabelle, daß im Textilzweig zurzeit etwa 8 Proz. der werktätigen Bevölkerung beschäftigt sind.

In gleicher Weise geben die Einfuhrziffern von Textilrohstoffen ein Bild von dem Umschwung der Textilindustrie. In den ersten acht Monaten 1927 betrug der Einfuhrüberschuss an

Baumwolle . . .	3 203 667 dz	gegen 1 328 174 dz	im Vorjahr
Wolle . . . . .	1 502 993 dz	1 026 125 dz	"
Wachs, Seide, Jute	1 668 038 dz	819 597 dz	"

Es ist bekannt, daß die günstige Entwicklung der deutschen Textilindustrie in entscheidendem Maße dem Wachsen des heimischen Bedarfs zu verdanken ist. Die Ausfuhr begegnete infolgedessen Schwierigkeiten, als Deutschland durch den Krieg wichtige Absatzgebiete verloren und neu zu erobern hatte. Außerdem hatten eine Reihe von Textilländern sich dank der Deflation ein Übergewicht auf dem Weltmarkt zu verschaffen gesucht. Immerhin ist beachtenswert, daß auch die Ausfuhrziffern für Textilien, neben der lebhaften Innnenkonjunktur, eine nach oben gerichtete Tendenz aufweisen, wenn sie auch von den Vorkriegsziffern immer noch recht weit entfernt bleiben. So betrug die Ausfuhr deutscher Gewebe in Doppelpennern aus

	1913	1925	1926	1927 (San./Aug.)
Seide und Kunstseide	103 850	48 878	46 413	39 935
Wolle und Tierhaaren	331 700	166 461	206 425	155 382
Baumwolle . . . . .	705 680	330 910	344 218	232 678

Eine ähnliche Bewegung zeigt der Export fertiger Kleidung und Wäsche; dieser betrug in Doppelpennern:

	1913	1925	1926	1927 (San./Aug.)
	107 600	35 489	40 198	29 067

Die Konzentrationsbewegung hat sich ebenso wie in anderen Industrien auch in der Textilindustrie stark geltend gemacht und zu einer ziemlich weitgehenden Interessenverflechtung und Rationalisierung geführt. Es sei nur hingewiesen auf die Fusion der Baumwollspinnerei und -weberei Bamberg, mit der Baumwollspinnerei Erlangen, auf die starke Expansion des Blumenstein-Konzerns, die neuen Angliederungen im großen süddeutschen Textilkonzern Kolbermoor, auf die Entwicklung des Hammerstein-Konzerns, auf die bedeutende Ausgestaltung der Dierig-Gruppe und, für die benachbarten Branchen, auf die Zusammenschlüsse im Konzern der Norddeutschen Wollkammerei und in der Welttextilindustrie.

Die Berichte aus den verschiedenen Textilgebieten Deutschlands über den gegenwärtigen Beschäftigungsgrad und die Aussichten für die nächste Zukunft lauten fast durchwegs günstig. Die Nachfrage der Kundenschaft ist so lebhaft, daß wohl für die Mehrzahl der Werke die Möglichkeit der Vollausnutzung ihrer Anlagen für die nächsten Monate gegeben sein dürfte. Da man ursprünglich mit einem Ergebnis der amerikanischen Ernte von 14 bis 14½ Millionen Ballen gerechnet hatte und daher bei der schon an sich hohen Preisbasis an die Dauerhaftigkeit der steigenden Tendenz des Rohstoffes nicht glauben wollte, waren bisher die Abnehmer mit der Eindeckung des Bedarfs an Textilfabrikaten zurückhaltend geblieben. Das Preisniveau der Baumwolle hat ja auch in diesem Jahre eine außerordentliche Wandlung durchgemacht. Am 3. Januar war der Preis für amerikanische Middlings-Baumwolle in New York 12,80, um bis zum 8. September auf 23,90 hinaufzuschwellen. In den letzten Tagen ist eine gewisse Beruhigung und demzufolge eine Preisermäßigung eingetreten; tatsächlich dürfte auch für den Fall, daß die letzte amtliche Schätzung der amerikanischen Ernte dem schließlichen Ergebnis entsprechen sollte, Befürchtungen wegen einer etwa nicht ausreichenden Versorgung kaum berechtigt sein, da man infolge der günstigen Vorjahresernte mit einem Uebertrag von etwa 6 Millionen Ballen in das neue Jahr eingetreten ist. Immerhin hatte die Schätzung der amerikanischen Baumwollernte vom 8. August und noch mehr die erheblich ungünstigere vom 8. September bei den Verbrauchern Befürchtungen aufkommen lassen, die zu einer verstärkten Nachfrage nach Textilien führte. In Kreisen der Industrie wird angenommen, daß die Nachfrage noch geraume Zeit anhalten dürfte, da viele regelmäßige Abnehmer mit ihren Aufträgen noch ausstehen.

Für die Mehrzahl der Textilunternehmungen darf unter den geschilberten Verhältnissen für 1927 mit besseren Geschäftsergebnissen als im Vorjahre gerechnet werden. Es ist anzunehmen, daß die höheren Gewinne teilweise auch in der Festlegung der Dividenden der führenden Aktiengesellschaften ihren Ausdruck finden werden, jedoch wird man nicht zu weitgehende Hoffnungen hegen dürfen, da es den Unternehmungen wünschenswert erscheinen wird, gerade jetzt auch für Zeiten einer weniger günstigen Konjunktur Vorprovisionen zu treffen. Bemerkenswert ist, daß der Textilaktienmarkt sich in den Zeiten der größten Börsenderouten sehr widerstandsfähig gezeigt hat.

Die Herren Bankiers, die ihre Nase in allen Aufsichtsräten der Gesellschaften haben, werden wohl genau Bescheid wissen.

Lutius.

## Politische Wochenschau.

Die Wirkung der Tannenbergrede. — Hindenburg und die Deutschnationalen. — Der Städtetag für den deutschen Einheitsstaat. — Benachteiligung der unteren Beamten. — Wahlen an der Unterelbe. — Wie das deutsche Volk im Kriege regiert wurde.

Mit der Tannenbergrede des Reichspräsidenten Hindenburg sollte das Ausland mehr als bisher von der Nichtschuld Deutschlands am Weltkriege überzeugt werden. Dieser Erfolg ist nicht eingetreten; im Gegenteil, die früheren Kriegsgegner Deutschlands zeigen sich weniger denn je geneigt, sich in Erörterungen über die Kriegsschuldfrage einzulassen. Die Hindenburg-Rede hat besonders ungünstig auf die letzten Verhandlungen des Völkerbundes gewirkt und die Aussichten auf eine endgültige Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland haben sich weiter verschlechtert.

War diese Rede außenpolitisch schädlich, so wirkt sie innenpolitisch wie ein Skandal. Der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp hat auf einer Parteikonferenz in Potsdam offen ausgesprochen, daß der Wortlaut der Hindenburg-Rede sowohl vom Reichstanzler Dr. Marx wie auch vom Reichsaußenminister Sirejmann genehmigt gewesen sei und daß er selbst dabei eine wesentliche Rolle gespielt habe. Der Reichspräsident, der nach dem von ihm auf die Verfassung geleisteten Eide unparteiisch sein Amt zu verwalten soll, ist also von den Deutschnationalen als ihr Sprachrohr gebraucht worden. Und der Reichstanzler und der Reichsaußenminister haben sich damit einverstanden erklärt! Auf derselben Konferenz hat Graf Westarp übrigens noch angekündigt, daß der 80. Geburtstag Hindenburgs zu einer großen Werbeaktion für die deutschnationale Partei gemacht werden solle. Man wird durch diese Ankündigung wieder einmal daran erinnert, daß Hindenburg der Präsidentschaftskandidat der Deutschnationalen war. Wenn die Deutschnationalen ihn jetzt auch als Präsidenten so offen in Anspruch nehmen, so wird die arbeitende Bevölkerung hoffentlich daraus die Lehren ziehen: es muß ja schnell wie möglich der Zustand beseitigt werden, daß die Republik von den reaktionären Elementen zum Tummelplatz ihrer volksfeindlichen Bestrebungen gemacht wird!

Der in Magdeburg abgehaltene Deutsche Städtetag hat sich dafür ausgesprochen, daß die staatspolitischen Verhältnisse Deutschlands in der Richtung zum Einheitsstaat ausgebaut werden. Der Hauptredner, Präsident Mulert, und die meisten Diskussionsredner verlangten eine Stärkung der Reichsgewalt, die Ausschaltung der Länder und die Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Bemerkenswert war es, daß nur noch die Vertreter der Bayerischen Volkspartei sich offen für die Erhaltung des jetzigen Zustandes der Vielregiererei einsetzten. Es gibt ja auch noch verstockte Gegner dieser Entwicklung. Sie sitzen vor allem in der Deutschen Volkspartei und vertreten die Interessen der Unternehmer, die in der wachsenden wirtschaftspolitischen Tätigkeit der Gemeinden eine Gefahr für ihren eigenen Profit wittern. Trotzdem wird sich der Ausbau Deutschlands zum Einheitsstaat, in dem die Gemeinden eine starke Stellung haben, nicht aufhalten lassen.

Die Reichsregierung hat jetzt den endgültigen Entwurf für die Beamtenbesoldungsreform bekanntgegeben. Nach den ersten Ankündigungen konnte man glauben, daß nun endlich das bisherige Unrecht an den unteren Beamten gutgemacht werden würde. Nun stellt sich aber heraus, daß gerade die unteren und mittleren Beamtengruppen am schlechtesten abgefunden werden, während die obersten Gehaltsstufen am besten fortkommen. Das Endgrundgehalt soll zwar um etwa 20 Proz. erhöht werden, dafür hat man aber die Frist zu seiner Erreichung um mehrere Jahre ver-

## Der Kurszettel.

Aus der Serie: „Moderne Märchen“.

Es war einmal ein Mann, der nannte sich Theodorich Piepenbring; er hatte eine unbeswingbare Sehnsucht, reich, sehr reich zu werden. Wie wollen neugierig bemerken, daß besagter Piepenbring auch nicht gerade so arm wie die berühmte Kirchenmaus war. Er besaß immerhin ein kleines Vermögen, das ihn einigermaßen ernährte, weil es zinsbringend angelegt war. Aber sagt nicht der Dichter schon — kommt es nicht im „Gauf“ vor? — „Am Golde hängt nach Golde drängt doch alles . . .“ — Auch Piepenbring hatte dieses Gefühl in sich. Er konnte doch nun einmal nichts dafür.

Er sann hin und her, welches Mittel wohl am ehesten zum Ziele führen könnte. Er war nicht in der glücklichen Lage jenes Panurg, den uns der Kranzle Rabalais so glücklich beschrieben hatte und von dem es heißt: „. . . Gleichwohl hat er 63 verschiedene Mittel, sich Geld zu machen, soviel er jederzeit bedurft, davon das Gewöhnliche und Ehrlichste noch der Weg des heimlichen Manens war. Ein Taugenichts, Gauner, Schmeichler, Strotzer und Fächerreiter wie keiner mehr . . . im übrigen der beste Knabe auf Gottes Erdboden.“ Nein, er war in der Wahl seiner Mittel beschränkt. Das war in eben das Schicksal seines Falles. Er war ein Mann, der durchaus ernsthaft dachte und der es mit Entschiedenheit zurückzuführen hätte, bei anderen anzusehen.

Der der Methode, die der Schatzgräber in Goethes bekanntem Gedicht verwendet, nämlich im Verborgenen Kreuze zu ziehen und dann die zu beschreiben, die er ebenfalls nicht. Es schien ihm das die beste und aussichtsreichste Unternehmung; denn er war ein aufmerksamer Mann, der mit einem großen Maß von Wissen, das in der Wissenschaft verpackt wird, ausgestattet war. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß er an einem kalten Samstag, wie Geister-

Ränge wälzte er sich auf seiner Lagerstätte herum. Der Mond schien in sein Zimmer. Die Gardinen bewegten sich. Sah es nicht aus, als winkte dort ein Arm?

Da — er hörte es auf einmal ganz deutlich: „Du willst also dein Geld anlegen — wohl, ich will dir einen Rat geben. Verwandele dein Geld in Papier!“ Piepenbring ächzte. Was war das nun? Waren ihm durch das Nachdenken über sein verfluchtes Geld wirklich die Nerven kaputtgegangen? Dann aber erwachte sein alter Drang nach Vermehrung seines Reichtums von neuem, und er begann nachzuzugraben. Ihm war der Sinn der gehörten Worte nicht klar. Aber er fand keine Antwort bis zum Morgen.

Auch am Tage fand er keine Lösung. Jeder andere hätte überhaupt nichts aus dieses Traumlebens, das man auf überreizte Nerven oder sonst etwas zurückführen konnte, gegeben. So aber war unter Piepenbring nicht; er war auf der Jagd nach Ideen, deshalb ging er unermüdlich dem Sinn dieser Worte nach, weil er glaubte, doch noch etwas herausfinden zu können. Eines Tages sollte ihm Gewißheit werden.

Es begegnete ihm nämlich ein alter Freund, der ihm erzählte, daß er eine große Transaktion vor habe. Piepenbring zeigte kein allzu großes Interesse, da er im Augenblick wieder mit seinen Ideen beschäftigt war.

„So“, fragte er ganz nebenbei, „was ist es denn?“ „Nun“, erwiderte der Freund, „ich hatte doch seinerzeit mein Geld in Industripapieren angelegt. Aber ich will sie abstoßen und mir andere kaufen, die gewinnbringender sind.“

Piepenbring ging auf einmal ein Seifenfieber auf. Ah! —

Er hatte es. Die Worte, die er in einer schlaflosen Nacht gehört zu haben glaubte, waren ihm klar!

Jawohl, so war es. Er wird sein Geld in Industripapieren anlegen. Aber es gab eine Anzahl davon; die richtigen zu wählen, war schwer.

Vorsichtig versuchte er seinen Freund auszufragen. Er konnte ihn als einen, der nicht gern Tips gab und ein Geschäft lieber allein machte. — Aber vielleicht bekam er doch etwas heraus.

Er fragte also: „So, was wirst du denn kaufen?“

„Textilaktien — ach, was sage ich, die wollte ich kaufen; ich habe es mir aber überlegt, die sind mir zu niedrig. Ich will lieber Eisenwerte nehmen.“

Piepenbring mußte nun genug. Dieser alte Fuchs hat sich jetzt verplappert, dachte er; niemals denkt er daran, Textilien beiseite zu lassen und ins Eisen zu gehen. Er wollte ihn nur von der Fährte ablenken. Jedoch da sollte er sich geirrt haben. Er — Piepenbring — war schlau. Er wußte jetzt genau, was er tun sollte!

So verabschiedete er sich von dem Freunde und begab sich nach seiner Bank, wo er sich eine Liste über Industriewerte ausshändigen ließ. Er interessierte sich nur für Textilwerte! alles andere ließ er beiseite. Mit wachsendem Entzücken las er die Dividendenresultate des vorletzten Jahres, die überall neben den augenblicklichen Kursen eingezeichnet waren:

Mertur-Wolle . . . . .	10 Prozent
Augsburger Kammingarnspinnerei . . . . .	12
Baumwollspinnerei Augsburg . . . . .	15
Baumwollspinnerei Sanktelsbach . . . . .	10
Baumwollspinnerei Stadlbach . . . . .	12

Piepenbring's Brust hob und senkte sich. Das war ja glänzend. Es war eine außerordentlich günstige Gelegenheit für ihn. Und die Liste war noch lange nicht erschöpft. So las er entzückt weiter:

Baumwollspinnerei Kolbermoor . . . . .	12½ Prozent
Mechanische Spinnerei und Weberei Bayreuth . . . . .	12½
Neue Spinnerei und Weberei Hof . . . . .	15
Augsburger Buntweberei . . . . .	15

An einer anderen Stelle fand er eine Ankündigung, daß die Generalversammlung der Gera-Gröizer Kammingarnspinnerei A.-G. in 30 Tagen den Geschäftsbericht genehmigt und eine Dividende von 10 Prozent festgelegt hat.

Piepenbring fiel bei dieser Gelegenheit ein, daß er irgend einmal auch etwas von einer überaus günstigen Konjunktur der Textilindustrie gehört hatte. Es bestand also die Aussicht, daß dieser Dividendenregen noch nicht bald abnehmen würde.

Piepenbring ließ sich nicht mehr halten. Er verwandelte sein Geld in Papier, nachdem er der Bank ein Verzeichnis der Werte, die er wünschte, eingereicht hatte. Und danach wurde er wieder ein normaler Mensch, der ruhig schlafen und sich seines Lebens freuen konnte. Sein altes Schlachtenglied war ihm auch diesmal wieder hold gewesen!

„Unus“.



# Textilarbeiter und -arbeiterinnen geben ihre Stimme nur den freigewerkschaftlichen Vertretern.

längert, so daß sich die tatsächlichen Verhältnisse nicht wesentlich gebessert haben. Auch nach der Neuordnung der Beförderungsordnung wird die wirtschaftliche Lage der unteren und mittleren Beamten noch viel zu wünschen übrig lassen.

Infolge der vom Preussischen Landtag beschlossenen Eingemeindungen waren in den Städten an der Unterelbe Altona, Harburg und Wandsbek Neuwahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen notwendig geworden. Sie haben eine beträchtliche Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmenzahl gebracht. Die Kommunisten konnten nur ihren bisherigen Stand behaupten, das Bürgertum erlitt starke Verluste, am schlechtesten haben die kleinen Splittergruppen abgeschnitten. Die bisherigen bürgerlichen Mehrheiten sind dank der Erfolge der Sozialdemokratie überall beseitigt worden; in Altona erhielt von insgesamt 61 Sitzen die SPD. 26, die KPD. 11; in Harburg von 49 Sitzen die SPD. 23, die KPD. 9; in Wandsbek von 38 Sitzen die SPD. 15, die KPD. 6. Die Mehrheit der Arbeiterparteien wird sich aber leider künftig nicht voll auswirken können. Schon bei den Wahlen richteten die Kommunisten ihre Angriffe in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie, von den bürgerlichen Gegnern war bei ihnen so gut wie gar nicht die Rede. Wenn sich ihr Verhalten bei der praktischen Arbeit in den Stadtverordnetenversammlungen nicht ändern sollte, so wird es kaum zu einem Zusammenarbeiten der beiden Fraktionen kommen. Den Vorteil davon wird das Bürgertum haben. Immerhin gestalten diese Stadtverordnetenwahlen einen Ausblick auf die Reichstags- und Landtagswahlen des nächsten Jahres, die voraussichtlich dasselbe Ergebnis haben werden: starkes Anwachsen der Sozialdemokratie, Stillstand oder gar Rückschritt der kommunistischen Bewegung.

Ein Berliner Montagsblatt hat einen Briefwechsel veröffentlicht, den der frühere deutsche Kronprinz im Juli 1917 mit dem damaligen Reichskanzler Michaelis geführt hat. Es ergibt sich daraus von Neuem, welche politische und moralische Verlotterung in den Kreisen herrschte die ehemals das deutsche Volk regiert haben. Der Kronprinz spricht nicht nur in häßlicher Weise über seinen eigenen Vater, er wendet sich auch noch gegen die von Wilhelm angekündigte demokratische Wahlrechtsreform in Preußen. Michaelis, der kurz zuvor im Reichstag die Friedensresolution der Mehrheitsparteien so ausgelegt hatte: „Wie ich sie auffasse“, erklärt dem Kronprinzen: „Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will.“ Der Reichstag wollte mit seiner Resolution einen Verständigungsfrieden herbeiführen, dieser Reichskanzler aber glaubte sie auch für einen Eroberungskrieg ausnützen zu können. In dieser Atmosphäre der Verlogenheit, der Heimtücke und des gegenseitigen Betrugs sind während des Krieges die Geschäfte des Reiches geführt worden. Leider wurde diesen Leuten das Handwerk viel zu spät, erst Ende 1918, gelegt, und auch damals noch nicht gründlich genug.

## Bitte, sehen Sie sich einmal diese Unternehmer an!

So sprechen sie — so sind sie.

Es ist doch eigenartig, wie einseitig und verständnisvoll führende deutsche Unternehmer auf Tagungen und Veranstaltungen reden, die nicht unmittelbar mit Arbeitnehmerfragen in Zusammenhang stehen. Aber ebenso merkwürdig ist es, daß die Unternehmer die auf solchen sachlichen Tagungen vorgetragenen Erkenntnisse in der praktischen Unternehmerrarbeit fast niemals in die Wirklichkeit umsetzen. Daraus läßt sich nur der eine Schluß ziehen: sie wissen wohl, worauf es ankommt, aber es mangelt an dem guten Willen, um diese Erkenntnisse auch durchzuführen. Sie sind jedoch sehr schnell dabei, den Arbeitnehmern mangelndes Verständnis und bösen Willen für die „Belange“ der Wirtschaft vorzuwerfen, wenn diese den tönenden Worten der Unternehmer wenig Bedeutung beimessen.

So hat der Generaldirektor Dr. Böglar im November 1926 auf der Gründungsversammlung des Reichsmuseums für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf folgende wunderhübschen Worte gesprochen:

Die Kenntnis dieser Dinge ist uns allen von ungeheurer Wichtigkeit. Ich bin überzeugt, daß viel Unheil hätte vermieden werden können, wenn wir uns schon früher mit den gewaltigen Umstellungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur intensiver befaßt hätten, als dies der Fall war.

Mit diesen Worten gibt also der Allgewaltige der Vereinigten Stahlwerke ohne weiteres zu, daß die deutschen Unternehmer schwere Unterlassungen begangen haben. Was sind das für Unterlassungen?

Auf der gleichen Gründungsversammlung hat nach Herrn Generaldirektor Dr. Böglar Herr von Müller gesprochen und ebenfalls zum Ausdruck gebracht, daß der Mensch im Mittelpunkt der Dinge stehen muß, für dessen Bedürfnisse und Wünsche die ganze Weltwirtschaft eigentlich arbeitet. Das Unheil, das die deutschen Unternehmer also hätten verhüten können, liegt zweifellos darin, daß sie nur wirtschaftlich, nur privatwirtschaftlich und nicht volkswirtschaftlich gedacht haben und noch denken. Sie sehen vor lauter Zahlen, Dividenden und Maschinen den arbeitenden Menschen nicht und beachten ihn nicht. Sie erblicken in diesem Menschen immer nur die Nummer, die am Eingang des Betriebes hinter dem Gitterzaun hängt, und waren und sind entrüstet und empört, als der Mensch sich plötzlich zum Wort meldete und seinen Anteil, seinen vollen Anteil und seine volle Würdigung forderte. Die Erkenntnis dieses Menschheitsdrängens der Arbeitnehmer ist ihnen aufgegangen oder sie geht ihnen wenigstens auf solchen Tagungen als Fünfmintutenbrenner auf, wenn es gilt, sich in ein menschenfreundliches Mäntelchen zu hüllen. In der rauhen Werkeltagsarbeit ist sie wie weggeduldet.

Diese Auffassung der Dinge bestätigt ein Aufsatz des leitenden Beamten Dr. F. Schomerus von den Zeiß-Werken in Jena in der Vierteljahresschrift „Evangelisch-Sozial“, „Die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern

als soziales Problem“. Dr. F. Schomerus sagt, wenn auch in verzuckerten Worten, den deutschen Unternehmern allerhand Wahrheiten. Er bekräftigt die Urteile, die die Gewerkschaften über die Unternehmer schon immer ausgesprochen haben, aber gegen die sie sich mit großem Geschick stets zu wehren versuchten. Dr. Schomerus sagt:

„Bei dem heutigen Stand der Volkswirtschaft darf das Charakteristische des Unternehmertums nicht mehr wie vielleicht in hinter uns liegenden Perioden darin gesehen werden, daß es möglichst viel für sich herausholt, sich bereichert und nach den Gesichtspunkten des eigenen Vorteils handelt und waltet, sondern seine Aufgaben sind vielmehr öffentlicher Natur und sein Handeln hat zu geschehen unter Gesichtspunkten des öffentlichen Interesses und Gemeinwohls.“

Es sind nicht beliebige Menschen, Nulls oder Poladen, die in den Groß- und Kleinbetrieben arbeiten, es sind auch keine Proleten, sondern es ist ein Stück unseres Volkstums, es ist nationale Arbeitskraft, die gegenwärtige und zukünftige Volkskraft, über die in ihnen verfügt wird. Die öffentliche Funktion, die soziale Aufgabe des Unternehmertums als solchen ist, diese nationale Arbeitskraft zu verwalten und zu führen. Es hat für Arbeit, für Vermehrung der Arbeitsgelegenheit für unser wachsendes, eingeeignetes Volk zu sorgen, für Arbeit, die den verschiedenen technischen und geistigen Fähigkeiten des Beschäftigten suchenden Volkes entspricht. Es ist verantwortlich dafür, daß kein Raubbau mit der Arbeitskraft getrieben wird, der Lohn ausreichend ist, die Arbeitsräume gesund sind, die Behandlung menschenwürdig ist, für geistige Fortbildung und körperliche Ausspannung genügend Zeit bleibt. Derjenige Unternehmer wird der beste sein, der stets darauf bedacht ist, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß er selbst, wenn er Arbeiter oder Angestellter wäre, sie für erträglich und menschenwürdig halten würde. . . .

An einer anderen Stelle sagt Schomerus:

Ohne die geschichtlichen Einflüsse des Staates würde die Selbstsucht und Verklämtheit vieler Unternehmer Arbeitsbedingungen zulassen, die eines selbstbewußten, hochstrebenden, intelligenten Volkes unwürdig sind und die nationale Arbeitskraft zugrunde richten.

Es ist kein gutes Zeichen, daß in der Periode, die ich selbst miterlebt habe oder geistig überhaupte, in der sich der Staat freimachte von seiner Nachwächterrolle, in der er seine positiven

Aufgaben in der Frage der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses erkannte, daß jeder seiner Schritte begleitet war von dem Geklöh und klagenden Widerstand großer Unternehmerrschichten, die durch ihre Organe den Untergang der deutschen Industrie verkünden ließen, wenn diese oder jene Verbesserung der gesetzlichen Arbeitsbedingungen geschaffen wurde. . . .

Durch niedrige Löhne verderben wir uns also den Inlandsmarkt, ohne den Auslandsmarkt wesentlich zu verbessern, weil ihre Wirkung durch hohe Zölle wieder aufgehoben wird. Die Deutschen sollten aber einen höheren Ehrgeiz haben, als der billigste Handwerker der Welt zu werden.

Man sagt auch, der lange Krieg mit seinen enormen Kosten, die Notwendigkeit, Kriegsschuldigung zu zahlen (zurzeit 1200 Millionen Mark jährlich, steigend in einigen Jahren auf 2½ Milliarden Mark), bedinge eine Herabsetzung der Lebenshaltung des Volkes. Demgegenüber steht die gewaltige Steigerung des Produktionsvermögens unserer großgewerblichen Anlagen im Vergleich zur Vorkriegszeit, die, wenn sie voll zur Auswirkung gelangte — ich wage die Behauptung, ohne sie hier zu beweisen — wohl geeignet wäre, einen Ausgleich für die zu zahlende Kriegsschuldigung zu bieten. Sie kann aber nicht zur Auswirkung kommen, weil die Löhne systematisch gedrückt werden. . . .

Wählen die neuen Führer der deutschen Industrie bei ihrer jetzigen Parole: Nationalisierung der Betriebe, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Abbau des Urlaubs, womöglich noch schlechte Behandlung der Leute in der Weise: Wer nicht pariert, der fliegt! — so weiß ich nicht, woher mir für unser 62½-Millionen-Volk genügend Arbeit und eine zukunftsreiche Stimmung unserer Arbeitenden bekommen sollen. . . .

Nun vergleiche man die von sozialer Erkenntnis tiefenden Worte des Herrn Generaldirektors Dr. Böglar in der wundervoll echten, wahren Zeichnung der Unternehmer in der Praxis, und — der vollendete Abklatsch des heutigen Unternehmerrdurchschnitts ist fix und fertig.

Wer hat sich nun zu ändern? Die Arbeitnehmer, die nichts weiter für sich von den Unternehmern fordern als die praktische Auswirkung aus den veränderten Zeitverhältnissen, oder die Unternehmer, die wohl in Worten mit sozialem Getöse um sich werfen, aber praktisch nichts gelernt haben und sich jedem sozialen Fortschritt versagen. Die Antwort auf diese Frage kann nicht schwer sein. Lutius.

# Der Streit um die Auslandsanleihen.

Das unproduktive Preußen.

Der Freistaat Preußen will mit Hilfe einer amerikanischen Bankgruppe eine Anleihe in Höhe von rund 120 Millionen Reichsmark aufnehmen. Das Geld soll zur Erweiterung der Häfen, der Ausdehnung der preussischen Elektrizitätswirtschaft und dem Ausbau der staatlichen Bergwerke dienen. Es kommen also für die Verwendung des amerikanischen Kredits Anlagen in Frage, die der Sprachgebrauch seit alters her als produktiv bezeichnet. Das amerikanische Bankhaus erklärte sich zur Gewährung des Kredits zu immerhin günstigen Bedingungen bereit. Vorläufig aber hat Preußen die Anleihe noch nicht. Das Bankhaus in New York bedarf für diese Anleihe der Genehmigung amerikanischer Regierungsstellen. Hier scheinen sich aber Schwierigkeiten zu ergeben, und man nimmt an, daß die Deutsche Reichsbank und ihr Präsident Dr. Schacht dabei die Finger im Spiele haben. Der Standpunkt Schachts gegenüber Auslandsanleihen im allgemeinen ist bekannt. Nach seiner Auffassung dürfen nur solche Auslandsanleihen nach Deutschland hereingekommen werden, die produktiv sind. Der Begriff produktiv sein wird aber in äußerst engem Sinne ausgelegt. Nach Schacht ist nur eine solche Anlage produktiv, durch die Devisen beschafft werden können, d. h. die für den Wareneport nach dem Ausland, im weiteren Sinne, für die Hereinschaffung von ausländischem Geld nach Deutschland in Frage kommt. In der Praxis ist der Reichsbankpräsident aber ein weniger strenger Theoretiker. Große Privatfirmen dürfen nach Belieben Kredite im Auslande aufnehmen, wenn sie auch gar nicht oder nur zum Teil für die Warenausfuhr produzieren und für die Devisenbeschaffung kaum in Frage kommen. Bei dem preussischen Staat, der große Wirtschaftsunternehmungen betreibt und bei dem die Dinge um nichts anders liegen als bei den erwähnten Großfirmen, soll es aber anders sein. Hier heißt es auf einmal, der nachgesuchte Kredit von 120 Millionen Reichsmark wäre nicht produktiv. Ob die Reichsbank direkt in Amerika ihre Auffassung dargelegt hat, wissen wir noch nicht. Tatsache ist aber, daß die oben erwähnten Schwierigkeiten auf eine Auffassung der in Frage kommenden amerikanischen Regierungsstellen zurückgeht, die der Auffassung des deutschen Reichsbankpräsidenten gleicht wie ein Ei dem anderen.

Eine willkürliche Bureaucratie.

Ueberhaupt die Auslandsanleihen! Wie gesagt, können die großen deutschen Industriefirmen ohne weiteres an den ausländischen Kapitalmarkt gehen und sich mit billigem Auslandskredit versehen. Bei unseren Gemeinden ist das ganz anders. Sie treiben zwar auch eine ausgedehnte Kraftwirtschaft, haben Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, sind, indem sie die Landstraßen unterhalten, Verkehrsunternehmer größten Stils, besitzen Ziegeleien, stecken in der Holzwirtschaft u. a. m. Sie haben auch denselben Kapitalbedarf als Wirtschaft der öffentlichen Hand wie die Privatindustrie. Man versperrt ihnen aber den Weg zum ausländischen Kapitalmarkt. Man zwingt sie, wenn sie eine Anleihe im Auslande aufnehmen wollen, was die Privatfirmen alle Tage tun, die Genehmigung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen einzuholen. Diese Beratungsstelle ist beim Reichsfinanzministerium eingerichtet und mit Beamten besetzt. Diese Beamten haben ein Machtinstrument feltener Art in der Hand. Sie können nämlich, wenn sie die Auslandsanleihe genehmigen, die auf dieser Anleihe ruhende Kapitalertragssteuer niederschlagen. Geschieht das, so verbilligt sich die Anleihe bedeutend; man kriegt sie gegen ermäßigte Kosten herein. Lehnt also die Beratungsstelle eine Auslandsanleihe ab, so bedeutet das eine Verteuerung der Anleihe. Die Beratungsstelle aber entscheidet über Genehmigung oder Ablehnung einer beantragten Anleihe auf Grund der Schachtischen Auffassung. Wenn irgendein Großkonzern Millionen in Nordamerika pumpt, um hier in Deutschland, aus einem bedenklichen Macht- und Konzerngeist heraus, an der Börse Betriebe zu einem neuen Trust zusammenkauft,

wird er durch die Beratungsstelle und durch die produktiven Richtlinien des Herrn Schacht nicht behindert. Wenn aber die Gemeinde Frankfurt oder Berlin, München, Stettin oder Königsberg Wohnungen bauen wollen, um dem furchtbaren Wohnungsstand endlich mal Abbruch zu tun, wenn Kraft- oder Elektrizitätswerke ausgebaut werden sollen oder wenn man unsere Landstraßen mal in einen gebrauchsfähigen und leistungsfähigen Zustand versetzen will, dann heißt es: solche Anlagen und solche Kredite sind unproduktiv. Man entscheidet also in der Beratungsstelle ziemlich willkürlich.

Teures Geld und kurzfristige Verschuldung.

Was tun aber die Städte, denen man die Anleihe nicht genehmigt? Sie brauchen das Geld und verjagen sich deshalb sozusagen hintenherum mit Auslandskrediten. Man geht eben zu den privaten Instituten, die das Geld ohne weiteres im Auslande aufnehmen dürfen, und beschafft sich gewissermaßen illegal Kredite. Diese Kredite sind natürlich teurer als wenn die Stadt selbst im Auslande sich Geld besorgt hätte. Man bezahlt eben den Zwischenhandel, die Kreditvermittlung irgendeiner Großbank. Diese fordert aber bis zu zwei Mark pro 100 Mark und pro Jahr über den Satz, den der amerikanische Kreditgeber nimmt. Das ist ein gutes Geschäft für den Geldvermittler, aber ein sehr schlechtes für die Städte. Bedenklicher ist aber noch etwas anderes: die Gelder, die sich die Gemeinden illegal besorgen, sind kurzfristige Kredite. Sie werden nur für kurze Zeit gegeben und können plötzlich, sozusagen über Nacht, gekündigt werden. Nun zwingt aber die Willkür der Beratungsstelle für Auslandsanleihen zur Aufnahme solcher kurzfristiger Kredite. Die Folge ist, daß die kurzfristige Verschuldung der Städte bedenklich anwächst. Wenn nun eines guten Tages die amerikanischen Geldgeber ihr Geld zurückholen müssen, ergibt sich für Deutschland die Tatsache, Milliarden mit einem Schlag zu zahlen. Eine solche Blutabzapfung muß den deutschen Kapitalmarkt entblößen und zu Stockungen in unserer Wirtschaft führen, die man wahrscheinlich mal, wenn der gefürchtete Augenblick eintritt, als katastrophal bezeichnen wird. Das wäre die eine, die negative Auswirkung der Willkür der Beratungsstelle für Auslandsanleihen auf unsere Konjunktur. Weshalb der Streit um die Auslandsanleihe zwischen der Reichsbank und den Gemeinden von allgemeiner Bedeutung ist.

Abdroffelung der Konjunktur.

Selbstverständlich, ein Zuviel an Auslandsanleihen hat seine Gefahren. Entscheidend ist aber hier die Tatsache, ob man die Auslandsanleihen entbehren kann oder nicht. Das letztere ist aber der Fall. Also ist es schon besser, die Beratungsstelle ändert ihre Praxis oder stellt ihre Tätigkeit ganz ein und öffnet den Gemeinden den Weg zum billigen Auslandskredit, als daß man sie auf den illegalen Auslandskredit verweist, der die kurzfristige Verschuldung fördert, was vor der Hand das schlimmere Übel ist. Man wird auch wohl nicht umhin können, die „produktiven“ Richtlinien des Herrn Schacht zu revidieren. Unsere Konjunktur ist nämlich ein ganz eigenartiges Ding; sie bedarf immer wieder der Ankurbelung, und die große Ankurbelung geht bei uns in den nächsten Jahren wohl immer noch vom Baumarkt aus. Es kommt bei der Belebung des Baumarktes nicht nur darauf an, Hunderttausende von neuen Wohnungen zur Ueberwindung des Wohnungselends zu schaffen, sondern die Bauindustrie soll als wichtige Schlüsselindustrie den anderen Industrien Arbeit geben, und zwar in der Art, daß die Bestellungen in Holz und Eisen vor allen Dingen, in Glas, in Papp, Zement, Kalk und Ziegeln in diesen Wirtschaftszweigen zur Belebung führen. Wovon dann die eigentlichen Verbrauchsindustrien, und hier ist vor allem die Textilindustrie zu nennen, wiederum Nutzen für ihren Arbeitsmarkt haben. Voraussetzung für diese Bestrebungen, die gefürchteten Rückschläge in unserer Konjunktur möglichst zu vermeiden und die gute Konjunktur ge-





wissermaßen zu stabilisieren, ist aber ein großzügiges Wohnungsbauprogramm, wie es die Gewerkschaften aus wohlwollenden Gründen und im Interesse der deutschen Arbeiterchaft seit Jahren befürworten. Will man aber ein einigermaßen ausreichendes Wohnungsbauprogramm aufstellen und durchführen, so muß man für die Finanzierung, für Geld sorgen. Da dieses Geld auf dem deutschen Kapitalmarkt nicht zu haben ist, muß man es eben aus dem Ausland holen. Schätzungsweise gebrauchen wir für die Bauperiode 1928 rund eine Milliarde Reichsmark. Verhindert aber die Reichsbank bzw. die Beratungsstelle irgendwie die Aufnahme dieses Kredites, so wird sich das im nächsten Jahre in der deutschen Konjunktur bemerkbar machen. Es wird an Geld fehlen, man kann nicht bauen und drohelt so in den wichtigsten deutschen Wirtschaftszweigen den Aufschwung ab. Alle Richtlinien in Ehren, selbst die des Herrn Reichsbankpräsidenten. Aber es geht nicht an, daß man wichtige Konjunkturfragen aus dem Gesichtswinkel einer persönlichen Devisenpolitik oder vielleicht noch etwas anderem betrachtet. Es handelt sich ja bei den Auslandsanleihen nicht um banktechnische Fragen oder Fragen der Geldpolitik, sondern um Fragen der Wirtschaft. Diese müssen entschieden und diese sprechen für den Auslandskredit. Wenn das aber der Fall ist, weshalb versperrt man den Gemeinden den Weg zum billigen Auslandskapital, wo doch schließlich die private Industrie, die zu guter Letzt für die fehlenden Mittel der Gemeinden einspringen muß, das Geld aus denselben amerikanischen Tresors holt und es nur verteuert an die Gemeinden weitergibt?

**Aus der Textilindustrie.**

**Zur Sanktionierung der englischen Wollindustrie.**

Die englische Wollindustrie leidet seit langer Zeit unter schlechtem Geschäftsgang. Die Arbeitslosenziffern in den Wollbezirken Englands sind erschreckend groß. Begleiterscheinungen sind, daß viele Betriebe stillgelegt sind und andere die Arbeitszeit erheblich eingeschränkt haben. Die Exportziffern der englischen Wollindustrie sind stark zurückgegangen. Die englischen Unternehmer beklagen sich besonders über die deutsche Konkurrenz, die hauptsächlich in erheblichen Preisdifferenzen der deutschen Stoffe beruht. Die englischen Wollindustriellen haben aus Anlaß dieser Erscheinung das vor zwei Jahren getätigte Lohnabkommen mit den Gewerkschaften der Wollarbeiter zum 26. November gekündigt. Obwohl der Kündigung eine offizielle Begründung nicht beigegeben ist, dürften die Unternehmer von der Arbeiterchaft die Einwilligung in eine Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung verlangen. Bei Ablehnung dieser Vorschläge wollen die Unternehmer versuchen, die Arbeiter für die bestehenden Schutzmaßnahmen einzufangen. Sie glauben, daß, wenn die Gewerkschaften an ihrer Seite gleichfalls für den Zollschutz eintreten, ihre Forderungen von Erfolg begleitet sein werden. England war bis jetzt das Land der Freihändler. Die englischen Unternehmer und auch die Arbeiter sind seit langem Freihändler gewesen. Diese Meinung hat in den letzten Jahren stark gelehrt. Man neigt zu der These der Schutzhändler. Diese Entwicklung ist äußerst gefährlich für den europäischen Weltmarkt und für die Verdrängung der europäischen Völker. Ob die Klagen der englischen Unternehmer über die deutsche Konkurrenz berechtigt sind, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Das eine steht jedoch fest, daß die Ausfuhr deutscher Textilierzeugnisse in den letzten Monaten wesentlich gestiegen ist. So erfuhr zum Beispiel im Monat August die Gesamtausfuhr an Fertigmaren eine leichte Abnahme um rund 5 Millionen Mark, die Textilwarenausfuhr dagegen eine Zunahme von 17,8 Millionen Mark.

Wir möchten betonen, daß wir jede Förderung der deutschen Warenausfuhr begrüßen. Bedenklich wäre es aber, wenn die starke Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie auf dem Weltmarkt eine Folge der niedrigen Löhne der deutschen Textilarbeiterchaft ist. Es steht ohne Zweifel fest, daß die Löhne der deutschen Textilarbeiterchaft äußerst niedrige sind und mit den englischen Löhnen keinen Vergleich aushalten. Es ist bedauerlich, daß auch bei den letzten Tarifabschlüssen die Löhne nicht wesentlich höher gestellt worden sind, zumal durch höhere Löhne die Kaufkraft wesentlich erhöht und der Innenmarkt noch beträchtlich verbessert worden wäre. Diese höheren Löhne brauchen noch lange nicht das Exportgeschäft zu behindern. Die Stellung der Unternehmer, möglichst recht niedrige Löhne zu zahlen, ist nach wie vor, wirtschaftspolitisch gedacht, verwerflich. Höhere Löhne stärken nicht nur den Absatzmarkt, sie bilden auch gleichzeitig die Triebkraft für den technischen Ausbau der Betriebe und erzieren zu größerer Wirtschaftlichkeit.

**Gaukonferenz Berlin-Brandenburg.**

Die ordentliche Gaukonferenz für den Gau Berlin-Brandenburg fand am 3. und 4. September 1927 in der kleinen freundlichen Landstadt Wittstock a. d. D. statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Allgemeiner Bericht der Gauleitung. 2. Die Hamburger Verbandstagsbeschlüsse und ihre Durchführung. 3. Vortrag über die Anwendung des Arbeitsgerichtsgesetzes. 4. Beschlüßfassung über Anträge. 5. Verschiedenes. Die Beteiligung an der Konferenz war sehr gut; die Teilnehmerliste zählte 75 Delegierte, darunter befanden sich (zudem immer noch zu wenig) 15 Kolleginnen. Vom Hauptvorstand war Kollege Schrader, vom Bezirkssekretariat Berlin-Brandenburg Kollege Wollmershaus, vom Ortsauschuß Wittstock des A.D.B. Kollege Herrmann, außerdem vom Arbeiterinnensekretariat die Kollegin Krummschmidt (Berlin) als Gast erschienen. Die Ortsgruppe Wittstock hatte es sich nicht nehmen lassen, die am Sonntagabend um 11 Uhr eintreffenden Teilnehmer mit Fahnen und Musik vom Bahnhof abzuholen und unter allgemeiner Aufmerksamkeit der Bevölkerung nach dem Tagungslokal „Lagengarten“ zu geleiten. Der große Saal des „Lagengartens“ war von den Wittstocker Kollegen und Kolleginnen mit Wägem Grün, durchstrotzt mit vielen roten und schwarzroten Fahnen, geschmackvoll dekoriert worden. Um 3 Uhr nachmittags eröffnete der Gauleiter, Kollege Kogke, die Konferenz und ließ die erschienenen herzlich willkommen heißen. Er erinnerte daran, daß vor genau 20 Jahren hier in dieser überaus schönen Stadt zwei Bauarbeiter, die sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu organisieren, rüchsig-

los von ihren Bauherren gemahregelt wurden. Heute stehe eine festgefügte Ortsgruppe da, die schon mehrmals bewiesen habe, daß sie auch zu kämpfen verstehe. Der eingeladene Bürgermeister habe sich loben wegen Teilnahme an einer dienstlichen Besprechung entschuldigen lassen und in einem Schreiben der Konferenz vollen Erfolg gewünscht. In einer weiteren Begrüßungsansprache brachten die Kollegen Mitat und Herrmann ihrer Besriedigung darüber Ausdruck, daß auch einmal eine Kleinstadt als Tagungsort ausersehen wurde. Im Namen des Bezirkssekretariats Berlin-Brandenburg des A.D.B. begrüßte der Kollege Wollmershaus die Konferenz und wünschte den Arbeiten einen guten Erfolg. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Wittstock, Kollege Mitat, gab anschließend hieran bekannt, daß abends 7 1/2 Uhr eine Demonstration in Gestalt eines Fackelzuges angelegt und nach Beendigung desselben im Tagungslokal die Vorführung der Verbandsfilme erfolgen werde. Die Konferenz beschloß deshalb, die Tagung um 6 1/2 Uhr nachmittags abzubrechen und dann Sonntag vormittag 9 Uhr fortzusetzen.

Der Gauleiter, Kollege Kogke, gab in einem eineinhalbstündigen Referat den Geschäftsbericht, der in kurzer, gedrängter Form den Teilnehmern schriftlich vorlag. Seit der letzten Gaukonferenz ist zwar der Mitgliederbestand heruntergegangen, wobei berücksichtigt werden mußte, daß die Ortsgruppen ihre Mitgliederartikeln von den Anhängern der Lehre: Nehmen ist seliger als geben — gereinigt haben. Ein besonderes Kapitel bildet die nicht mehr zeitentsprechende Beitragsleistung. Von einigen lobenswerten Ortsgruppen abgesehen, mußte doch konstatiert werden, daß das Gros den Reichsdurchschnitt nicht erreicht. Hierin müsse unbedingt Korrektur eintreten, wenn die Organisation die vor ihr liegenden Aufgaben erfüllen solle. Eingehend auf die Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen, verwies der Gauleiter auf die in der Berichtszeit geführten 144 Lohnbewegungen, wozu noch im letzten Halbjahr die Arbeitszeitbewegungen, insgesamt zwölf, gerechnet werden müssen. In der Lohnfrage sind 30 Streiks, 22 Angriffs- und acht Abwehrstreiks notwendig gewesen. Von diesen haben vierzehn einen vollen Erfolg, acht einen Teilerfolg erzielt, während acht leider erfolglos beendet wurden. Auch der Arbeitszeitstreik in der Feinintepumpenfabrik in Brandenburg a. d. H. habe trotz seines moralischen Erfolges, leider nicht das gebracht, was man wünschte. Dort sind Männer den entlassenen Arbeiterinnen in den Rücken gefallen. Solange die Arbeiterchaft sich nicht mehr und mehr ihrer wirtschaftlichen Organisation anschließe und ihre finanzielle Küftung auf das Höchstleistungsprinzip einstelle, so lange wird man leider die Schlichtungstätigkeit nicht entbehren können. Der Gauleiter schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, die Lehren der Vergangenheit zu beherzigen, dann werden auch die Kämpfe zu anderen Erfolgen führen. Die Richtschnur: Höchstleistung in der finanziellen Küftung, Geschlossenheit und Disziplin — muß für ehrliche Klassenkämpfer in der Organisation maßgebend sein. Zum 2. Punkt der Tagesordnung ergriff Kollege Schrader das Wort. Er verwies darauf, daß der Verbandstag in Hamburg sein Hauptaugenmerk darauf richten mußte, die Organisation für die nächste Zukunft widerstandsfähiger zu machen. Die Beitragsfrage mußte deshalb auf eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Stufe gebracht werden. Beiträge von 40 oder 50 Pf. für erwachsene Arbeiter können wirklich in heutiger Zeit nicht als Kampfsbeiträge angesehen werden. Im Jahre 1913 betrug der Durchschnittsbeitrag 40 Pf., jetzt (1927) fast 54 Pf., entspricht also nicht einmal der 1/4fachen Steigerung der heutigen Lebensführung. Wir müssen unsere Mitglieder dazu erziehen, genau wie andere Gewerkschaften, wirkliche Beiträge zu zahlen. Die jetzt in Hamburg beschlossenen Beitragsätze sind so gehalten, daß sie von unseren Mitgliedern bei nur einigermaßen gutem Willen bezahlt werden können. Große Kämpfe können nur mit großen Mitteln erfolgreich durchgeführt werden. Darüber werden sich doch hoffentlich alle klar sein, daß die nächste Zeit schwere Auseinandersetzungen mit den Arbeitgeberverbänden bringen wird, für Kampfszwecke also ganz andere Summen ausgegeben werden müssen. Zu jedem Kampfe gehört aber Munition und nochmals Munition, das Kämpfen mit dem großen M... überlassen wir gern anderen. Weiter: unsere Tarife in der Textilindustrie erfassen rund 800 000 Personen, mit Einschluß der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften dürften rund 400 000 organisiert sein. 400 000 sind also nur Nutznießer der Arbeit der übrigen, stehen bei eventuellen Kämpfen Gewehr bei Fuß, es muß also auch hier der Hebel angelegt werden zur Aufführung und Gewinnung. Wenn die Organisation die Aufgaben erfüllen soll, welche von ihr verlangt werden, müssen alle mitarbeiten und alle müssen befreit sein, dem Verbands das zu geben, was von ihm verlangt wird. Der 3. Punkt der Tagesordnung wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte auf Sonntag früh 9 Uhr vertagt. Die Konferenz beschloß mit einer Redezeit von 15 Minuten die Debatte über die beiden ersten Punkte zu eröffnen. Bezirkssekretär Kollege Wollmershaus ergriff das Wort zu längeren Ausführungen, die sich zunächst auf das am 1. Oktober 1927 in Kraft tretende Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz beziehen. Er zeigte den Anwesenden die Gefahren auf, die sich aus den Schwierigkeiten der Abgrenzung der Landesarbeitsämter und die Schaffung sogenannter Wirtschaftsprövinzen, ganz besonders hier im Bezirk Berlin-Brandenburg, ergeben. In seinen folgenden allgemeinen Darlegungen zum Bericht richtete er einen dringenden Appell an alle Gewerkschaftsmitglieder, die Jugendbewegung nicht zu vernachlässigen.

Nachdem noch einige Redner zum Geschäftsbericht gesprochen haben, wird die Debatte infolge der herangerückten Zeit auf Sonntag früh vertagt. Gegen 7 1/2 Uhr sammelten sich die Teilnehmer sowie die Mitglieder der Ortsgruppe Wittstock nebst einigen inzwischen eingetroffenen Delegationen von Wittenberge und Prißwolff zum Fackelzuge, der sich unter Mitführung einiger Fahnen und mit über 200 Fackelträgern unter Borantritt des gut eingespielten Reichsbannerambourcorps Wittstock und der stotzen Marschmusik des Wittstocker Stadtdirigiers zum Marktplatz in Bewegung setzte. Unter großer Teilnahme der übrigen Bevölkerung hielt der Gauleiter, Kollege Kogke, eine kurz zündende Ansprache. Der Schluß seiner Rede klang aus in einem brausend aufgenommenen Hoch auf die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung. Nach Schluß des Demonstrationzuges wurde im Tagungslokal die Vorführung unserer Verbandsfilme entgegengenommen.

Der 2. Verhandlungstag begann mit der wiedereröffneten Debatte über den Geschäftsbericht. Sämtliche Redner erkannten an, daß die Gauleitung ihre vollste Pflicht getan. Ein Antrag des Kollegen Sagrada-Forsit: „Der Gauleitung wird Entlastung erteilt“ wurde einstimmig angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Das Arbeitsgerichtsgesetz und seine Anwendung“ sprach Kollege Bogt. Der Redner verstand es, in gut durchdachten Ausführungen die Entstehung des Gesetzes und das Wesen desselben den Teilnehmern der Konferenz vor Augen zu führen. Sein Referat klang aus in die Mahnung, alles einzusetzen, um die Arbeitsgerichte zum wirklichen Schutze der Arbeitnehmer auszugestalten.

Die Debatte, die von mehreren Rednern bestritten wurde, gab manche Anregung auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. In seinem Schlußwort ging der Referent nochmal auf alle Anregungen ein und ersuchte um tätige Mitarbeit aller Funktionäre.

Der folgende Punkt der Tagesordnung: „Beschlüßfassung über die gestellten Anträge“ konnte sehr bald erledigt werden. Ein terminmäßig eingegangener Antrag der Ortsgruppe Barth: „Gaukonferenzen sollen vor dem Verbandstag abgehalten werden“, mußte als unzulässig abgelehnt werden, da hierüber nur der Verbandstag bestimmen könne. Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ machte der Gauleiter, Kollege Kogke, zuerst Mitteilung über die am 30. August 1927 erfolgten Tariffindungen zum 30. September d. J., weitere Tariffindungen werden am 30. September und 30. November erfolgen. Dazu kommen noch die Neuverhandlungen über den Nordostdeutschen Manteltarif, den Manteltarif für Sorau und einen besonderen Tarif für die „Marckraspinnerei“ in Magdeburg, die bisher dem Sächsischen Tarif unterstand. Die eingereichten Lohnforderungen bewegen sich zwischen 20 und 25 Proz., beim Lausitzer Tarif sei eine neue Grundlohntabelle aufgestellt worden. Die nächste Zeit bringe also vollkommene Arbeit, schwere Anforderungen würden damit an alle Funktionäre gestellt. Freudige Mitarbeit und unbedingtes Vertrauen zur Leitung sei daher unerlässlich, wenn Erfolge erzielt werden sollen. Die einzelnen Debatteure stimmten den Ausführungen des Gauleiters zu, die Lausitzer Kollegen fordern ein stärkeres Interesse des Hauptvorstandes für ihr Tarifgebiet. Kollege Witte-Wittenberg kritisierte die Auslegung des Arbeitszeitgesetzes Nordost durch die Unternehmer und wünschte schärferes Vorgehen gegen derartige Machenschaften. In der Frage Frauenbewegung bemängelte Kollegin Krummschmidt-Berlin die wenig aktive Tätigkeit der weiblichen Funktionäre. Die Kolleginnen sollen nicht nur eingeschriebene Mitglieder sein, Mitarbeit sei überall die Forderung. Kollegin Heider-Forsit ist der Meinung, daß die Verhältnisse in den einzelnen Orten nicht vom praktischen Gesichtspunkt betrachtet würden. Den Willen mitzuarbeiten dürfe man den Kolleginnen nicht absprechen, nur intensive Aufklärung zu jeder Zeit ist das Gebot des Tages. Kollege Schön-Sommerfeld beklagte bitter die Zersplitterung der Jugendbewegung. Die Ueberorganisation gerade hier erreiche das Gegenteil. Nachdem noch einige Redner zu den aufgeworfenen Fragen ihre Auffassungen darlegte, wird ein Antrag der gesamten weiblichen Delegation: „Die Gaukonferenz beschließt, den Hauptvorstand zu ersuchen, den nächsten Textilarbeiterinnenkongress im Gau Brandenburg stattfinden zu lassen“, nach kurzen zustimmenden Erörterungen angenommen. Einstimmig wurde die Absendung eines Begrüßungsprogramms an den erkrankten Kollegen Jädel, worin der aufrichtige Wunsch aller Teilnehmer auf recht baldige völlige Wiederherstellung ausgedrückt war, beschlossen.

Gauleiter Kollege Kogke führte in seinem Schlußwort zusammenfassend aus: „Wir können unsere heutige ordentliche Gaukonferenz nicht besser beenden, als daß wir uns geloben, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis der letzte Mann, die letzte Frau der Organisation aufgeführt ist.“ Mit Dankworten an die Wittstocker Kollegenschaft für ihre gaffre Aufnahme und einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband schloß der Vorsitzende, Kollege Mehlmann-Berlin, die verlaufene Konferenz. Nachmittags marschierten die Delegierten und Gäste unter der stotzen Marschmusik des Reichsbannerambourcorps zum Bahnhof.

**Eingegangene Bücher!**

- Th. Reipart und G. Körpel: „Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach dem Stand vom 16. Juli 1927.“ Mit Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen. Verlagsgeellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14.
- Zentralverband der Angestellten, Sitz Berlin: „Geschäftsbericht 1926.“ Verlag: Zentralverband der Angestellten (Otto Urban), Berlin SO 26, Dranienstr. 40-41.
- Robert Schmidt: „Die allgemeine Wirtschaftslage und die Gewerkschaftsbewegung.“ Vortrag des Reichsministers a. D. Robert Schmidt.
- Otto Streine und Paul Schwabe: „Der Stand um die Zukunft des Maler- und Lackierergewerbes.“ Vorträge, gehalten auf der Generalversammlung des Verbandes der Maler, Anstreicher, Tüncher, Weißbinder Deutschlands in Nürnberg. Verlag des Verbandes der Maler u. m., Hamburg.
- Dr. Karl Valentin Müller: „Arbeiterbewegung und Bevölkerungszunahme.“ Eine gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten Fragen der quantitativen und qualitativen Bevölkerungspolitik im Rahmen gewerkschaftlicher Theorie und Praxis. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena.
- „Jungsozialistische Schriftenreihe.“ Herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten mit Unterstützung von Max Adler, Wien, Engelbert Graf, Anna Semfen. Erscheint am 1. jeden Monats und ist durch die Postzeitungsliste und Buchhandlungen zu beziehen. Preis 40 Pf. — Bisher erschienen: „Der Kampf um die Staatsmacht.“ „Was lehrt uns Vintz?“ von D. Jenßen. Ferner: „Die amerikanische Arbeiterbewegung im Lichte amerikanischer Kritik.“ von Prof. W. B. Cathoun und Horst Berenz.
- Arthur Koch-Wiesbach: „Als Arbeiterdelegierter in Rußland.“ Zweite Arbeiterdelegation 1926. Druck und Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co., Hamburg.

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Sonntag, den 9. Oktober, ist der Beitrag für die 40. Woche fällig

<b>Geschäftsführerwahl in Neumünster.</b> Gewählt wurde der Kollege Mahle-Gronau. Allen Bewerbern besten Dank. Der Vorstand.	<b>Adressenänderungen.</b> Gau Hannover. Lauenstein i. S. V: Friß Barde, Lauenstein i. S. Gau Barmen. Rastätten V: August Daitner, Bogel (Bahnhof) bei Rastätten i. Launus. Gau Gera. Bad Blankenburg. K: Albert Bod, Rudolfstädter Str. 30. Pflaue b. Jülich a: V u. K: Willy Hilg, Körnerstraße. Gau Berlin. Wittstock. K: Helmut Dammann, Baustr. 25.
---	---

Verlag: Karl Schrader in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Fernantwärtliche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.



## Was muß die Arbeiterin wissen?

### Etwas über Anpöbeln, Unrichtiges und anderes!

Motto: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“  
Frei nach Friedrich von Schiller. (Wilhelm Tell.)

Der Christliche Textilarbeiterverband hatte Anfang August eine Generalversammlung in Freiburg i. B. Ueber ihren Verlauf wurde kurz im „Textilarbeiter“ berichtet. Dabei wurde vermieden, gewisse polemische Entseisungen besonders zu behandeln oder etwa nachzuahmen. Ein kurzer Hinweis, daß eine eben so kurze Stellungnahme sollten dartun, daß die Bemerkungen, die dem Deutschen Textilarbeiterverband gemacht waren, vernommen worden sind und zurückgewiesen werden.

Tatsächliche Erwägungen bestimmen diese Zurückhaltung. Und hier wird nicht zuletzt die Meinung: Herrn Fahrenbrach und seinem Christlichen Textilarbeiterverband darf nicht über die Bedeutung beigemessen werden, als beiden zukünftig dieses „In-Ruhe-laffen“ scheint nun der „Textilarbeiter“, dem Organ der „Christen“, gar nicht zu gefallen. In einer Artikelserie „Grundzüge“ der Erwägungen zum Problem der Fabrikarbeit verheißt der Frauen“ bringt sie zusammenfassend das auf ihrem Verbandstag Gesagte. Zwar H. W. — wahrscheinlich H. Wollastky — nicht so kühn und behauptet wie ihr Verbandsvorsitzender: „der sozialistische Textilarbeiterverband verlangt die gesetzliche Sanktion (Anerkennung, D. V.) des Kinderermodes“. Immerhin mangelt es ihren Ausführungen die Objektivität, die von jemand, der anderer Meinung referierend wiedergibt, schon anstandslos zu fordern ist. Mathilde Wurts Ausführungen dürfen dann nicht so aus dem Zusammenhang gerissen und damit so unvollständig benutzt werden. Auch in anderer Hinsicht behält H. W. die Art bei, die der schon erwähnte Laubgeblühe dem Deutschen Textilarbeiterverband gegenüber laute anwenden zu können. H. W. spricht genau wie Herr Fahrenbrach vom „sozialistischen Textilarbeiterverband“. Sie vermeiden also geschildert den zur Debatte gestellten Gegenstand so zu nennen, wie er seit mehr als einem Menschenalter ist, nämlich: „Deutscher Textilarbeiterverband“. Das ist nicht von ungefähr. Eine große Berechnung verbirgt sich dahinter. Das Wort „sozialistisch“ dient zum Kennzeichnen einer Weltanschauung. Mit ihr wird sich gar nicht auseinandergesetzt. Die einfache Mitgliedschaft soll vielmehr zum Gruseln, zum kritischen Hinnehmen des in Wort und Schrift Gebotenen gebracht werden. „Deutscher Textilarbeiterverband“ könnte zu unverfänglich — oder auch zu verfänglich sein. Wenn nämlich ehrliche Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes daran denken würden, daß der Deutsche Textilarbeiterverband gar nicht so arbeitervindlich und familienfeindlich sein kann, weil doch mindestens zwei Drittel der tariflich geregelten Arbeitsverhältnisse in der deutschen Textilindustrie nur seinem unentwegten Eintreten danken sind.

Diese Vermutung wird durch einen weiteren Fall bestätigt. In unserem „Textilarbeiter-Frauenteil“ wird augenblicklich eine Diskussion geführt. Sie handelt von der Frauenarbeitsarbeit. Ihr Ausgangspunkt war eine Schilderung von Kindererlebnissen. Ganz selbstverständlich gingen die in der Diskussion folgenden Kolleginnen insbesondere auf die um besten gegebene Kindermeinung ein. Auch weitere Äußerungen halten diese Tendenz ein. Trotzdem ist es zumindest vorzeitig, zu sagen, zwischen dem, was der Deutsche Textilarbeiterverband vertritt und der Auffassung seiner Mitgliedschaft bestehen in dieser Frage grundsätzliche Differenzen. Steht doch fest, daß sich zunächst erst eine nicht ausdrückender Bruchteil der Kollegenschaft äußerte und dann noch zu prüfen, ob hier wirklich die „naturgewaltige Sprache“ redet, von der H. W. spricht. Das heißt, es ist zu gründen, wie weit Ueberlieferung, Erziehung und Betrachtungsfehler die Meinungsbildung beeinflussen. Selbstverständlich konnte diese Prüfung ebensogut im stillen vorgenommen werden. H. W. hätte dann allerdings auf ein ihr billiges und zu Verdrehungen geeignetes Beweismittel ergriffen müssen. Sie hätte demzufolge auch ihrer Lehrerhaft nicht unterschlagen können, daß jene Zeilen „einer Kollegin aus Wittgensdorf“ vom „sozialistischen Textilarbeiterverband“, dessen Organ, dem „Textilarbeiter“ entnommen sind, wo sie neben einigen regelnden Bemerkungen der Verbandsmitgliedschaft zur Aussprache anheimgegeben wurden. Ob nach solcher Eröffnung noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Führern und Mitgliedern im Deutschen Textilarbeiterverband möglich gewesen wären, soll dahingestellt bleiben.

Den paar Proben nach zu urteilen, ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß H. W. in der Tatsachenstellung und -verbreitung noch mehr zu vollbringen vermag. Deshalb ein für allemal: auf diesem Gebiet überlassen wir ihr und dem christlichen Textilarbeiterverband in jeder Beziehung den Vorrang. Wissen wir doch, daß zu solchen Mitteln nur der reißt, dessen Sache nicht gut ist. Andererseits ist uns ebenso bewußt, daß sich der Christliche Textilarbeiterverband mit dem Problem Frauenarbeitsarbeit nicht aus innerem Bedürfnis beschäftigt. Das diesbezügliche Arbeiten des Deutschen Textilarbeiterverbandes beunruhigt ihn vielmehr. Und da die Rolle des Lohgerbers, dem die Felle wegwuchwimmern, nicht immer spielen möchte, so schwang er sich zu einer Diskussion auf, die als einziges Neue Anrempeln und Unheiliges enthalten. Alles übrige ist dem Arbeitsprogramm und dem Beweisschlag des Deutschen Textilarbeiterverbandes entnommen.

Gerade dieser Mangel an Positivem zwingt aber den Deutschen Textilarbeiterverband erst recht zum Forschen und Abwägen aller Erscheinungen, die den Komplex „Frauenarbeitsarbeit“ ausmachen. Die Diskussion über die Frauenarbeitsarbeit geht deshalb im „Textilarbeiter“ weiter; unbeschadet darum, was Herr Fahrenbrach und seine Gehilfen einstweilen daraus ableiten. Unser Verbandsorgan ist und bleibt Diskussionsort. Wenn die „Christen“ ihrem Organ eine andere Funktion zuweisen und darum unsere Arbeit nicht verstehen können, so ist das ihre Sache. G. R.

### „Lebende Beine“ in der Strumpffeklamme.

Wie stark heute der Mensch bei Ausübung der Erwerbsarbeit willenlos gemacht wird, ist aus einem Bericht des „Konfektionär“ zu ersehen. Er meldet:

„Auf eine bizarre, aber darum nicht minder erfolgreiche Reklameidee für seidene Damenstrümpfe ist vor kurzem eine amerikanische Warenhausfirma verfallen. Aus dem Personal wurde die Besitzerin des anerkannt schönsten Beinpaars ausgewählt. Für sie wurde dann im Zentrum des Schaufensters, und zwar inmitten einer Spezialausstellung von Damenstrümpfen, ein bequemer Sitz arrangiert, dessen oberer Teil in geschickter Weise verdeckt war, daß die Passanten nur die Beine zu Gesicht belamen. Aufgabe der Dame war es, ihre Beine fortwährend so hin und her zu bewegen, daß der Beschauer den Eindruck erhielt, es handele sich um eine mechanische Vorrichtung. Die geschickte Anbringung von Spiegeln erhöhte noch den Eindruck des Vorganges. Es versteht sich von selbst, daß die Auslage ständig von Passanten umlagert war, und, was für die Firma wichtiger, die Ausstellung bewirkte tatsächlich eine beträchtliche Zunahme in den Verkäufen der Strumpfwarenabteilung.“

### Zusammenkunft.

Für den 15. und 16. Oktober d. J. hat das Arbeiterinnen-Sekretariat im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand eine Zusammenkunft der weiblichen Mitglieder im Hauptvorstand und Verbandsbeirat und der Vorsitzenden der Gauarbeiterinnen-Kommissionen nach Berlin einberufen.

- Zur Behandlung stehen folgende Themen:
1. Vom Wesen der Frau (Ref. Prof. Dr. Anna Siemsen, Jena).
  2. Aus der Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats und der Arbeiterinnen-Kommissionen (Ref. Koll. Ritsche-Berlin).
  3. Die Textilarbeiterinnen und ihre Aufgaben in nächster Zeit. (Ref. Koll. Niewiera-Berlin).

Eine rege und ergiebige Aussprache ist vorgesehen. Die Tagung soll ein Sich-Kennen-Lernen der auf verantwortlichen Posten stehenden weiblichen Verbandsfunktionäre ermöglichen und zugleich Unterlagen liefern für die beste Art, weibliche Textilarbeiter als Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu gewinnen bzw. zu schulen.

Es wird nötig sein, daß interessierende Kolleginnen ihr Material ohne ihre Ansichten über einzelne Punkte des Arbeitsplanes den in Frage kommenden Delegierten — evtl. durch die Ortsverwaltungen — zustellen.

Um also die Strumpfkäufer zu reizen, müssen in einer mannigfaltigen Auslage von toten Sachen die Beine eines Menschen sich so verhalten, daß sie verblüffend als eine mechanische Vorrichtung erscheinen. Also das, was für die Betriebsarbeiterinnen schon lange Tatsache war, im Arbeitsprozeß nichts weiter sein zu dürfen, als ein Hebel oder ein Räderwerk, das der Ingenieur noch nicht durch Eisen oder Stahl ersetzen konnte, das trifft jetzt auch für bestimmte Gruppen der weiblichen Angestellten zu. Hoffentlich denken diese, wenn sie so stumpfsinnig auf ihrem „bequem arrangierten Sitz“ hocken, daran, daß zuvor in ähnlicher Weise viele Tausende Arbeiterinnen gleichfalls Werkzeug sein mußten, damit sie jetzt wiederum Werkzeug sein können. Wenn das Denken so gerichtet wäre und dann in der Folgerung endete, sich dagegen gemeinsam zu wehren, würde wahrlich die Zeit am längsten gewährt haben, die dem Unternehmer erlaubt, mit gekaufter Menschenkraft in dieser unverantwortlichen, ja widerwärtigen Weise zu verfahren.

### Etwas über den Verbrauch von Kantinenüberschüssen.

Nach der Gewerbeordnung ist es zulässig, daß die Arbeitgeber den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten verabfolgen. Weil das im einzelnen nicht immer so genau zu kalkulieren möglich ist oder möglich gemacht wird, erbringen Kantinen, also die Stellen, die den ausgelassenen Lebensmittelhändler im Betrieb wahrnehmen, oft Uebererschuss. Leider wird dieser nicht immer in der richtigen Weise verbraucht. Die Regel ist, es wird ein Fest verankert, an dem Arbeitgeber oder seine ersten Beauftragten die Ehrengäste sind, und dann werden, je nachdem das Geld lang, die nötigen Fässer bestellt und ihr Inhalt verkonsumiert. Natürlich schafft dieses alles Stimmung. Dabei wird es nicht so genau genommen, wenn vergessen wird, was gestern war, heute gewesen ist und morgen sein wird. Man lebt eben der Stunde, sieht, wie der Arbeitgeber sich bemüht, leutlich zu sein, wie er sogar die „Müllern, die Schulzen oder die Stuhlnummer soundso“ zum Tanz auffordert. Zum Dank für dieses Entgegenkommen wird man ihn dann einmal auf anderemal hochleben lassen. Tags darauf ist der Kassenjammer noch das geringste der Ueberbleibsel!

Kein Wunder, wenn sich gegen eine solche Kantinenüberschuss-Bewirtschaftung ein Gauleiter wehrt und sagt: „Habt ihr denn wirklich keine andere Verwendung für diese Mittel? Könnt ihr nicht davon einen gemeinsamen Feriausflug bestreiten? Oder wäre es nicht möglich, das Geld besonders Bedürftigen der Betriebsbelegschaft zuzuwenden? Oder unterstützt doch die Arbeiterwohlfahrt, wenn die beiden anderen Zwecke nicht zu berücksichtigen sind! Oder wenn ihr das nicht wollt, dann sorgt dafür, daß kein Uebererschuss entsteht, daß die Waren genau kalkuliert, daß, wie es eigentlich das Gesetz auch verlangt, diese zum wirklichen Selbstkostenpreis abgegeben werden! — Vielleicht beherzigt nicht nur die Kollegenschaft, an die das Schreiben des Gauleiters gerichtet war, dessen Meinung, sondern auch andere, die in ihrem Betrieb ähnliche Vorgänge dulden. Für die Kolleginnen aber wäre es eine sehr dankbare Aufgabe, im Sinne der Vorschläge jenes Gauleiters zu wirken.“

### Lodz - das polnische Manchester.

Nicht mit Unrecht wird Lodz, eine Stadt von mehr als einer halben Million Einwohner, das polnische Manchester genannt. Die Stadt steht und fällt mit der umfangreichen Textilindustrie, die ihr auch das besondere Gepräge gibt. Es ist eine Stadt der Armut und Ausbeutung, des konzentriertesten Elends der Textilarbeiter.

Innerhalb der polnischen Industrie, die sich immerhin dem Fortschritt der westlichen Technik anzupassen versucht, nimmt Lodz eine besondere Stellung ein. Diese Stadt ist das Produkt der zarischen Politik. In amerikanischem Tempo wuchs sie mit Hilfe des russischen Rubels, indem sie den alten russischen Markt mit billigen Textilwaren belieferte. Während des Krieges erlitt die Industrie einen doppelten Niedergang: erstens ging ihr der russische Markt verloren und zweitens wurde sie fast abgedrosselt durch die deutsche Okkupation, die viele Maschinen abmontieren und Messingteile für Kriegszwecke abschrauben ließ.

Die Nachkriegszeit war für die Lodzer Textilindustrie eine Periode allmählicher Erholung. Wenn sie vordem ihre Existenz vom russischen Rubel fristete, so bestritt sie hernach ihren Wiederaufbau durch staatlichen Kredit. Alle vom polnischen Staat erhaltenen Kredite waren jedoch nichts weiter als verschleierte Unterstützung. Diefelben erreichten eine ganz ansehnliche Höhe. In den ersten neun Monaten des Jahres 1923 z. B. erhielt die Lodzer Industrie nicht weniger als 15 Millionen Dollar als Darlehen. In jener Periode der Ausplünderung der Staatsfinanzen durch die Industrie waren die Lodzer Fabriken voll, zeitweise sogar übermäßig beschäftigt. Diese billige Kreditquelle versiegte erst mit den Auswirkungen der polnischen Finanzreform.

In den Lodzer Fabriken herrschen geradezu trostlose Verhältnisse. Die Unternehmer sabotieren jedes Zugunsten der Arbeiter geschaffene Gesetz. Selbst die Rechte sind ihnen schnuppe, die der Arbeiterschaft durch die Verfassung garantiert sind. Ohne viel Federlesen werden die Schutzbestimmungen übertreten. Die Unternehmer dürfen sich das straflos erlauben, denn die Gerichte rühren sich nicht. Der gesetzliche Achtstundentag steht auf dem Papier. Die Fabriken arbeiten in zwei Schichten zu je zwölf Stunden. Die Zwölfstundenschicht ist aber kein Rekord. Es gibt Fabriken, in denen sogar 16 Stunden ohne Unterbrechung gearbeitet wird. Das ist besonders in den Fabriken der Fall, die im Kreise Lodz gelegen sind. Aber auch in der Stadt selbst kommt diese unmenschlich lange Arbeitszeit noch vor, sogar in größeren Fabriken. Im September v. J. wurde diesbezüglich folgendes festgestellt: In drei Fällen betrug die Arbeitszeit 10 bis 10½ Stunden, in zwei Fällen 11 Stunden, in zwölf Fällen 12 Stunden und in zwei Fällen 16 Stunden. Nach den Ermittlungen des Textilarbeiterverbandes aus 50 Fabriken arbeiten 27 in zwei zwölfstündigen Schichten, sieben in sechs- und die restlichen in zehnstündigen Schichten. Unter den Fabriken mit verlängerter Arbeitszeit befinden sich auch die großen Firmen: Scheibler, Poznancki, Geier, Widzewer Manufaktur. In verschiedenen Fabriken wurde die Verlängerung der Arbeitszeit mit Hilfe von Belegschaftsversammlungen und Abstimmungen eingeführt. Die Opponenten wurden einfach entlassen. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit zwang viele Arbeiter zum Einverständnis mit der verlängerten Schicht und zum Verzicht auf irgendwelchen Ausschlag.

Ohne jede Rücksicht auf den lebenden Menschen wird auch von der Arbeiterin eine Arbeitsleistung verlangt, die höchstens ein Lasttier bewältigen kann. Nach dem Tarif soll eine Arbeiterin höchstens zwei Spindeln bedienen; vordem waren es vier. Jetzt aber garantiert der Fimmel der Rationalisierung, so daß eine Arbeiterin normalerweise acht, in manchen Fabriken sogar zwölf Spindeln zu bedienen hat, wobei zu bedenken ist, daß die Spindeln meist einem veralteten System angehören und auch das Garn von minderwertiger Qualität ist. Das erschwert natürlich den Arbeitsgang außerordentlich. Diese beispiellose Ausbeutung der Arbeitskraft zeitigt unter der Arbeiterschaft erschreckende Folgen in gesundheitlicher Beziehung. Geradezu verheerend wirkt sich die Arbeitsüberbürdung bei den Arbeiterinnen aus.

Nach der letzten amtlichen Statistik beschäftigten die Textilfabriken insgesamt 105 342 Arbeiter, darunter 47 460 Männer, 52 733 Frauen und 5149 Jugendliche, meist Mädchen. Die Frauen verdienen durchschnittlich 30 Proz. weniger als die Männer, auch bei gleichartiger Arbeit. Bei dieser massenhaften Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft ist es kein Wunder, wenn auch Frauen und Jugendliche zu der geschlechtlich unzulässigen Nachtarbeit angetrieben werden. Die 15- bis 18jährigen, die in der Arbeiterzahl einen erheblichen Prozentsatz stellen, werden stellenweise unter allerlei Vorwänden sogar gezwungen, umsonst zu arbeiten. Das geschieht besonders im ersten Jahre der Beschäftigung. Die Jugendlichen haben die gleiche Arbeitszeit wie die Erwachsenen. Da die Unternehmer keine Freunde von Kinderhorden sind, werden die schwächeren Arbeiterinnen rücksichtslos entlassen. Daß auch die sanitären Verhältnisse in den Lodzer Fabriken die denkbar schlechtesten sind, bedarf wohl nach obigen Darlegungen keines weiteren Beweises.

Hunger, Blut und Schweiß — das ist der Boden, auf dem der Reichtum der Lodzer Textilprogen gedeiht. Sie regieren absolut. In der Ausbeutung sind sie souverän, ohne Konkurrenz. Lodz ist in Polen die Stadt der Ausbeuter, der nimmerlatten Schnapphähne, der menschlichen Blutzugel. Jedoch auch im polnischen Manchester dämmert nun allmählich, die Organisation der Arbeiter gewinnt auch dort an Boden.

Victor Kalinowski

Lange hab ich mich geärgert,  
Endlich gab ich nach:  
Wenn der alte Mensch zerstäubt,  
wird der neue wach;  
Und so lang du das nicht hast,  
Dieses „Stirb und Weide“,  
Bist du noch ein trüber Gast  
Auf der schönen Erde.

Goethe.



### Werksschule oder öffentliche Berufsschule?

Von Dr. Adelheid Lorhorst.

Die Frage Werksschule oder öffentliche Berufsschule hat für die freigezwungene organisierte Textilindustrie nicht nur theoretische Bedeutung. Es stehen sich vielmehr die Fälle, wo teils die Großbetriebe Werksschulen und Lehrwerkstätten für ihre jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge einrichten, teils die kleinen Betriebe, die sich der Arbeiterfrage nicht beschäftigen, sich für die nachträgliche Berufsausbildung der Jugendlichen zu interessieren. Doch die schwindenden finanziellen Mittel für den einzelnen dem gegenüber gar nicht von Belang sind. Denn sein Gehalt als Arbeitnehmer wird festlich — das beweist immer wieder und immer wieder die Praxis — doch von dem Gesamtgehalt der Arbeitnehmerklasse bestimmt. Diese Erwägung war maßgebend, der Frage im Fachblatt Beachtung und Behandlung zu schenken. Die Debatte:

Mit dem Artikel 145 der deutschen Reichsverfassung ist zum ersten Male allgemein anerkannt worden, daß es Pflicht der Gesellschaft ist, die Jugend bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr erziehlend und unterrichtend zu betreuen. Obgleich schon vor mehreren Jahren ein geradezu vorbildlicher Entwurf für das Reichsberufsschulgesetz von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags vorgelegt wurde, sind nun schon acht Jahre seit dem Bestehen der Weimarer Verfassung ins Land gegangen, ohne daß für diese wichtige Bestimmung ein Ausführungsgesetz geschaffen wurde. Daß es bisher noch nicht einmal zur Beratung des Entwurfes der SPD. gekommen ist, liegt an kulturpolitischen und finanziellen Schwierigkeiten. Das Zentrum glaubt, seine kulturpolitische Forderung auf Einführung des Religionsunterrichts in der Berufsschule besser durchsetzen zu können, nachdem Reichsschulgesetz oder Reichskonkordat unter Dach und Fach gebracht sind; und die im Entwurf vorgezeichnete finanzielle Regelung, nach der die Kosten der Berufsschule auf Reich, Staat und Gemeinde gleichmäßig verteilt werden sollen, scheint keine Gegenliebe zu finden, da jede Behörde heute neue finanzielle Lasten abzuwehren sucht. Da nun zurzeit die Gemeinden durchweg Schulträger sind — trifft vorwiegend auf Preußen zu — und die finanzielle Verantwortung bei sehr geringen Staatszuschüssen und schwer einzutreibenden Arbeitgeberbeiträgen tragen müssen, besteht für die heute nur sehr lückenhaft — zumal in Preußen — eingerichtete Berufsschule die größte Gefahr. Die politische Situation der Nachkriegszeit, die die Vorherrschaft der wirtschaftlichen Mächte im Staat noch befestigt hat, mußte es mit sich bringen, daß Verwaltungen und Regierungen nur so weit kulturpolitische und sozialpolitische Aufgaben als Aufgaben der Allgemeinheit und damit als ihre Aufgaben anerkennen, als sie durch die vorwärtstreibenden politischen Gegenkräfte vor allem des Proletariats dazu gezwungen werden; sie werden daher nur zu geneigt sein, überall da, wo sich private Hilfskräfte anbieten, kulturelle und soziale Aufgaben, auch wo es sich um ausgesprochene Angelegenheiten der Allgemeinheit handelt, diesen zu übertragen, zumal wenn die genannten politischen Gegenkräfte sie nicht daran hindern. Das erleben wir heute auf dem Gebiet der Fürsorge und Wohlfahrt, auf dem Gebiet der Schule, das tritt auf dem Gebiet der Berufsschule deutlich in Erscheinung bei den Bestrebungen der Industrie, die darauf ausgehen, die Berufsschulausbildung in die Privatbetriebe durch Angliederung von „Werksschulen“ an die Lehrstättwerkstätten zu verlegen. Solche Werksschulen können nur mit staatlicher Genehmigung eingerichtet werden. Diese Genehmigung wird aber vom Staat um so weniger verweigert, wenn die Gemeinden um so bereitwilliger befürwortet, als damit eine große finanzielle Entlastung erreicht wird. Bei der Abwehr dieser für den proletarischen Nachwuchs so außerordentlich bedeutenden Bestrebungen, steht die Arbeiterschaft, abgesehen von einigen pädagogischen und Berufsorganisationen, allein, und seine Aufgabe ist daher um so verantwortungsvoller.

Und warum muß das Proletariat heute das öffentliche Bewußtsein wecken und mit allem Nachdruck für die öffentliche Berufsschule gegenüber der privaten Werksschule eintreten? Wenn das deutsche Volk in seiner Verfassung die öffentliche Erziehung- und Unterrichtspflicht gegenüber der werktätigen Jugend — denn diese kommt bei dieser Bestimmung allein in Betracht — anerkannt hat, so muß diese Pflicht auch im Sinne dieser Verfassung erfüllt werden, d. h. der junge Proletarier muß für seine zukünftigen gesellschaftlichen Aufgaben im Volkstaat gründlich vorbereitet werden. In diesem Volkstaat erwählen ihm, als einem mit allen gleichberechtigten und vollwertigen Staatsbürger, allgemein gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Aufgaben. Zu den allgemein gesellschaftlichen Aufgaben gehört die Erzeugung und Erziehung der zukünftigen Generation. Der Vorbereitung für die wirtschaftlichen Aufgaben dient die praktische und theoretische berufliche Ausbildung, aber nicht nur diese, sondern auch die Vorbereitung, d. h. die innere und äußere Festigung für den wirtschaftlichen Existenzkampf. Und besonders darf neben diesem allen nicht vergessen werden, daß der junge Proletarier vorbereitet werden muß für die Erfüllung seiner staatsbürgerlichen, d. h. seiner politischen Pflichten. So sehr die öffentliche Berufsschule auch noch zum Teil in den Kinderschuhen steckt und gewiß noch nicht allen diesen Aufgaben in vollem Umfang gerecht wird, so sehr zeigt sie doch schon heute, daß sie auf dem besten Wege ist, ihr Ziel zu erkennen und auch zu erreichen und durch eine entsprechende Lehrerbildung die notwendigen Vorbedingungen zu schaffen. Es ist ohne weiteres klar, daß in der Werksschule eines privaten Betriebes in erster Linie die berufliche Ausbildung und zwar beschränkt auf die speziellen Bedürfnisse des Betriebes betont werden muß. Die anderen Aufgaben, die für die Gesellschaft überhaupt, vor allem aber für ihre Weiterentwicklung und Erneuerung am bedeutsamsten sind, müssen dabei entweder unter den Tisch schieben oder doch in einem Sinn erfüllt werden, der in dem jungen Proletarier nicht das zukünftige vollwertige Glied der menschlichen Gesellschaft sondern nur den zukünftigen Arbeitsfaktor des Betriebes sieht. Wer das verneinen will, zeigt damit nur seine Unkenntnis der fundamentalen Gesetze der Wirtschaft und der Gesellschaft. Ein kapitalistischer Betrieb, für den in der Hauptsache auf äußerliche Konkurrenz eingestellten kapitalistischen Wirtschaft nicht immer der Betrieb und nur der Betrieb entscheidend ist, würde sich ja selbst aufgeben. Aber das wird ja auch von den kapitalistischen Betreibern des Werksschulwesens offen zugestanden. Auf der Tagung der Arbeiterschaft der Berufsschulen im vorigen Jahr in Hamburg erklärte der Sprecher, Herr Professor D u n n m a n n, daß die Erziehung des jugendlichen Arbeiters durch den Betrieb vor allem darauf beruhen müsse, die schädliche gewerkschaftliche Ideologie zu zerstören, ihn dafür auf das engste mit dem Betrieb zu verbinden und den, diesem Ziel widerstrebenden Klasseninstinkten, zu denen er auch die gegenseitige Hilfe rechener, von vornherein entgegenzutreten.

Beschränkten sich diese Werksschulbestrebungen bisher hauptsächlich auf die Maschinenindustrie und damit auf die Ausbildung der Knaben, so greifen sie jetzt auch auf die Textilindustrie und damit auf die Mädchenausbildung über. Für die Erziehung der erwerbstätigen weiblichen Jugend ist diese Entwicklung um so bedenklicher, als schon die Erziehung in Volksschule und Elternhaus heute noch stark einseitig ist und die Mädchen noch mehr als die Knaben von den allgemein gesellschaftlichen Bindungen isoliert. Jeder, der im politischen und gewerkschaftlichen Leben steht, weiß, wie schwer es fällt, die Frauen zu erfassen und sie für wirtschaftliche und politische Fragen zu interessieren. Dazu ist man sich auch weit über proletarische Kreise hinaus bewußt, daß die gesellschaftlich isolierte, d. h. die unorganisierte erwerbstätige Frau weit mehr — und nicht nur im bürgerlichen Sinn — „gefährdet“ ist als die gewerkschaftlich gebundene Frau. Darum tut gerade der weiblichen erwerbstätigen Jugend eine allgemein gesellschaftlich bestimmte und vielseitige Ausbildung, vor allem auch eine gründliche Vorbereitung für ihre staatsbürgerlichen Pflichten not. Das kann und wird aber aus den oben angeführten Gründen eine Werksschule niemals leisten, im Gegenteil, sie muß eine solche vielseitige Ausbildung naturnotwendig verhindern und muß gerade die Frau noch mehr gesellschaftlich isolieren.

Die heutige wirtschaftliche Situation in Deutschland ermöglicht es leider der Gesellschaft nicht, auch die praktische Ausbildung des jungen Proletariats in öffentliche Hand zu nehmen; um so mehr werden die Gewerkschaften dafür sorgen müssen, daß in dem zu erwartenden Berufsausbildungsgesetz wenigstens die öffentliche Kontrolle, auch unter besonders betonter Mitwirkung der öffentlichen Berufsschule, genügend gewahrt wird. Die theoretische Berufsausbildung, die weit über den speziellen Beruf hinausgreifen muß, um vor allem auch die Grundlage für die Erkenntnis der großen wirtschaftlichen Zusammenhänge zu geben, gehört mit der Allgemeinbildung unbedingt in die öffentliche Schule.

Nur die öffentliche Schule kann aus den angeführten Gründen die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus des Proletariats gewährleisten und damit die unbedingte Voraussetzung einer gesunden Entwicklung und der Herbeiführung einer neuen Gesellschaft geben. Daher ist in erster Linie das Proletariat interessiert an der Erhaltung der Öffentlichkeit des Unterrichts- und Erziehungswesens, und darum ist sein Kampf gegen die Werksschulbestrebungen ein Kampf von größter gesellschaftlicher und damit Zukunftsbedeutung.

### Eine Absfuhr.

Die Sächsische Wollgarnfabrik G. m. b. H. normals Tittel und Krüger-Weipzig hat auf Grund eines Streiks im April-Mai dieses Jahres durch die 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig eine einstweilige Verfügung erwirkt, die gegen den Textilarbeiterverband erlassen wurde, welche den Antragsgegner zur Vermeidung einer hohen Geldstrafe, oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung verbietet, den Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen, sei es durch Anweisung an die Streikleitung, oder durch die Aufforderung zum Streikposten stehen, oder durch Gewährung von Streikunterstützung, oder durch irgendwelche andere Mittel, ferner noch weitere Arbeiter der Firma zur Arbeitsniederlegung aufzufordern oder zu ermuntern.

Gegen diese einstweilige Verfügung der Zivilkammer des Landgerichts Leipzig wurde vom Textilarbeiterverband Widerspruch erhoben. Das Landgericht Leipzig hat darauf den Beschluß vom 2. Mai 1927 aufgehoben und den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen. Damit gab sich die Firma Sächsische Wollgarnfabrik G. m. b. H. jedoch nicht zufrieden und legte gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig Berufung ein. Das Oberlandesgericht in Dresden hat die Berufung verworfen und die Antragstellerin verurteilt, die Kosten des Verfahrens zu tragen. Damit hat eine Unternehmerraktion gegen das Streikrecht der Gewerkschaften einer kläglichen Absfuhr gefunden.

### Gaukonferenz Kassel.

Am 17. und 18. September tagte in Kassel die ordentliche Gaukonferenz für den Gau Kassel. Die Konferenz beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht der Gauleitung.
- 2. Die Beschlüsse des Hamburger Verbandstages.
- 3. Die Beitragsleistung im Gau Kassel.
- 4. Die kommende Lohnbewegung.

An der Konferenz nahmen insgesamt 31 Vertreter, darunter 2 Frauen, teil. Der Geschäftsbericht der Gauleitung gab zu einer eingehenden Aussprache über das Verbandsleben im Gau Kassel Veranlassung. Aus den Ausführungen aller Redner war zu erkennen, daß es vorwärts gehen muß und daß andererseits die Tätigkeit der Gauleitung Anerkennung fand.

Die Beschlüsse von Hamburg und die Beitragsleistung im Gau Kassel wurden einer gemeinsamen Besprechung unterzogen. Auch hier waren die Delegierten der Auffassung, daß das Schwergewicht unserer Tätigkeit darauf gelegt werden muß, die Mitglieder in die höchsten Beitragsklassen zu bringen, um die Voraussetzungen für eine wirksamere Vertretung der Textilarbeiterinteressen zu schaffen. Es soll unter allen Umständen danach getrachtet werden, die Löhne der Textilarbeiter in ein angemessenes Verhältnis zu den Löhnen der übrigen Arbeiterschaft zu bringen, wobei mit größeren Kampfen gerechnet werden muß. Ein Antrag fand Annahme, demzufolge die Information und Belehrung der Betriebsräte mehr gefördert werden soll.

Bei der Lohnfrage schloß sich die Konferenz den vorliegenden Vorwürfen an.

Die Konferenz war von einem vorzüglichen Geist getragen, so daß die begründete Erwartung besteht, daß die vor uns liegende Zeit alle vorhandenen Kräfte wachrufen wird, um mit neuer Energie an der Vertiefung des Verbandslebens und der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter tätig zu sein.

### Berichtigung.

Im Artikel „Der Kampf in Kassel nach sieben Wochen“ ist erfolgreich beendet“, in Nr. 39 des „Textilarbeiters“, muß es 4. Absatz 3. Zeile heißen: „Diese etwa vierhundert Funktionäre einstimmig folgende Entschließung an usw.; nicht die wie der Druckfehler uns weismachen wollte.“

### Berichte aus Fachreisen.

**Kaiserslautern.** (Sechs Direktoren.) Die Kammgarnspinnerei feierte dieser Tage das 70jährige Jubiläum ihrer Gründung, und der Aufsichtsratsvorsitzende Justizrat Neumeyer den Werdegang des Unternehmens seit seiner Entstehung schilderte und dabei — dem Bericht der „Pfälzischen Presse“ — besonders der Verdienste Vorstandes des Unternehmens, Herrn Geheimrat Leonhard, gedachte. Eingeladen zu der Feier waren nur Beamte, die sich im Glanz geheimräulichen Wohlwollens sonnen durften. Ob man auch zahlreich Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Laufe der Jahrzehnte ihre Jugend und Gesundheit dem Betriebe für einen nur geringen Lohn opferten, gedachte, geht aus dem Berichte nicht hervor. Denn auch? Die Proleten sind doch nur dazu da, Werte zu erzeugen und den Herren Aktionären zu einem mühseligen Einkommen zu helfen. Eine „Leistung“ hat man aber bei der Feier doch vollbracht. Man hat zu den bisherigen zwei Direktoren Leonhard und Zöwler weitere gemacht. Es sind dies die Herren Ober-Kimmel, Reising und Stürer. Bei nicht ganz 2000 Arbeitern Angestellten — also 6 Direktoren — eine ganz hübsche Leistung, aber man sich nicht zu wundern braucht, wenn man „unten“ sparen und Niedrighalten der Löhne bestrebt sein muß. Ziehen Nichtorganisierten der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern nun ein die Konsequenzen? Soweit wir die Dinge kennen, scheint das nicht der Fall zu sein. Es sollte uns freuen, wenn wir uns dieser Richtung hin irren würden. Die letzte Lohnbewegung hat Genüge bewiesen, daß auch die Direktion der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern nur in zähem Kampf sich einen höheren Lohn abrinneht. Dabei muß festgesetzt werden, daß diese Lohnherhöhung wieder durch die Erhöhung der Mieten, durch die ständig steigende Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel überholt ist. Es gilt halb jetzt schon die Voraussetzungen zu schaffen, um den kommenden Lohnkampf noch wichtiger wie bisher führen zu können. Und die Voraussetzungen bestehen in erster Linie in einer entsprechenden Lohnzahlung. Für die Nichtorganisierten aber muß die Parol lauten: „Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband.“

**Neugersdorf.** Zu einem gemeinsamen Frauenabend für zu unserer Filiale gehörenden Ortsgruppen hatte die Arbeiterinnenkommission die Kolleginnen für Sonnabend, den 17. September nach „Neumanns Neue Welt“ in Georgswalde (Schlesien) eingeladen. Hier ist das historische Flecken Erde (damals Sandgrube), wo zur Zeit des Sozialistengesetzes die Neugersdorfer aufstrebenden Textiler ihre Versammlungen unter freiem Himmel abhielten, da ihnen im Heimatsort kein „Flecken“ zur Verfügung stand. Man war damals gezwungen, ins Ausland (Dänemark) zu gehen, um sich mit Gleichgesinnten besprechen zu können. Heute ist dies anders, und zwar umgekehrt. Die Saalbesitzer sind „böse gehalten“, wenn irgendeine Veranstaltung, und sei es auch früher so verpönte Versammlung der sächsischen Grenzbesohner, „drüber im Bismarck“ abgehalten wird.

Trotz der Ungunst der Witterung hatten sich gegen 200 Kolleginnen und auch einige Kollegen zum gemütlichen Beisammensein eingefunden; von Jitau war auch eine Gruppe, mit dem Kollegen Neumann an der Spitze, erschienen. Das aufgestellte Programm wurde von den Kolleginnen bestritten. Die Kolleginnen hatten diesmal „nicht zu fesseln“. Dies brachte auch Kollege Richter, als er die Gelegenheit wahrnahm, einen kurzen Ueberblick über den Stand unserer ostfälischen Lohnbewegung zu geben, mit zum Ausdruck. Begrüßungsansprache hielt die Kollegin Anna Scholze. Eingeleitet wurde der Abend durch einen von der Jugendkollegin Herta Beckmann wirkungsvoll vorgetragenen Prolog.

Das Referat über „Die Stellung der Arbeiterin in der Textilindustrie und die Wahrung ihrer Rechte durch den Deutschen Textilarbeiterverband“ hatte die Kollegin Emma Ritzke vom Arbeiterinnenreferat übernommen. In klarer leichtverständlicher Weise ging Kollegin Ritzke auf all das ein, was die Textilarbeiterinnen besonders berührt. All die Erleichterungen, die bisher für die Arbeiterinnen geschaffen werden konnten, sind nicht von selbst gekommen, sondern waren nur zu erreichen durch unseren Verband. Weitere Forderungen zum Schutze für die Arbeiterinnen harren ihrer Erfüllung. Mitarbeiten daran müssen sich die Textilarbeiterinnen zur vornehmsten Aufgabe machen. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, im angeedeuteten Sinne tätig zu sein, schloß Kollegin Ritzke den mit sichtlichem Interesse und großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Arbeiterjugend brachte recht eindrucksvoll zwei Sprechstühle zu Gehör: „John Mainard“ und „Der Bauernaufstand“. So wechselte dann das Programm ab in musikalischen, gefanglichen und theatralischen Vorführungen. Nicht zu vergessen die Gedichte in Oberlausitzer Mundart von „Bihms Kante“ die ein Jugendkollege aus Leutersdorf zum Vortrag brachte, sowie die zwei Einakter der Walddorfer und Eibauer Kolleginnen, die die Nachmüsten stark in Bewegung setzten. In den Pausen wurde jung und alt das Langbein geschwungen.

Alles in allem muß gesagt werden, daß außer den bereits erwähnten alle am Programm Beteiligten dazu beigetragen haben diesen Frauenabend zu einem wirklich gemütlichen zu gestalten, allen lange in der Erinnerung wachbleiben wird. Vergessen werden an diesem Abend die Alltagsorgen und man trennte sich deshalb in den frühen Morgenstunden nur ungern.

Nun, Kolleginnen! Auf zu neuer fruchtbringender Arbeit für unsere Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband!

### Eingegangene Bücher!

Paul Böbling: „Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 28. Dezember 1926.“ Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin W. 10. — dem einschlägigen Text der Zivilprozessordnung. Kommentiert von Obermagistratsrat, Direktor des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts der Stadtgemeinde Berlin.

Prof. Dr. Singheimer: „Arbeitsrecht und Arbeiterbewegung.“ Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Georg Abrahamson: „Leitfaden für die Berufung, Erziehung und Tätigkeit der Weiblicher bei den Arbeitsgerichten.“ Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausdruck Frankfurt a. M. Preis 50 Pf.

Prof. Dr. Erik Mölling: „Die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung.“ Verlagsgesellschaft des Deutschen Arbeiterverbandes G. m. b. H., Berlin SO 16.